

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereintigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk. — Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Behms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 101000 Exemplare

Inhalt:

Zur Wahltschlacht! (Gedicht). — Textilarbeiter! Auf zur Wahl! — Deutsche Arbeiterfürsorge. — Die soziale Lage des Arbeiters in Deutschland und im Auslande. — Die Gewerkschaften und der Wahlkampf. — Der Wahlkampf und die Frauen. — Die Mehrstuffrage. — Die Einheitlichkeit der Arbeiterversicherung. — Zum Gesetz, betreffend Phosphorabwässer. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Patentbericht. — Betriebsunfälle. — Vermischtes. — Mißstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Verichtigungen. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streifenfall. — Versammlungskalender. — Feuilleton (Fachgewerbliche Rundschau).

Bei Zusendungen an uns oder an den Verbandsvorstand

ist es vorgekommen, daß drei oder vier verschiedene, alle möglichen Ressorts betreffende Angelegenheiten auf einer einzigen Postkarte erledigt wurden. Diese mußte dann von dem einen zum andern wandern. Leicht kann dabei etwas übersehen und unrichtig bleiben. Wir bitten deshalb, jede einzelne Angelegenheit auf einen besonderen Zettel zu schreiben, so daß derselbe leicht den betreffenden Ressorts zugewiesen werden kann.

Redaktion, Expedition, Verbandsvorstand.
Alle Ab- oder Zustellungen von Blättern müssen bis Montagabend in unseren Händen sein.
Die Expedition.

Zur Wahltschlacht!

Du, Mann der Arbeit, aufgewacht!
Es gilt, den Kampf zu wagen,
Auf, zeig' den Feinden deine Macht
In siegesfrohen Tagen;
Zeig ihnen, daß der alte Mut
In dir noch unbezungen,
Zeig, wie in der Begeißrung Blut
So oftmals du gerungen. —

Wo deine Stimme kraftvoll tönt,
Da müssen sie dich hören,
Wo deiner Massen Schritt erdröhnt,
Wer will sich deiner wehren?
Wo du dich deiner Kraft bewußt,
Gesegnet sei die Stunde, —
Wo Siegeshoffnung schwellt die Brust,
Wer achtet da der Wunde. —

Und ziehst du in den heil'gen Krieg,
So ist's für deine Rechte,
Dein Ruhm, er ist kein blut'ger Sieg,
Willst weder Herr'n noch Knechte.
Du willst, daß in dem Vaterland
Sich jeder redlich nähre,
Nicht, daß des Unrechts schwere Hand
Dem Guten ferner wehre. —

Dein Rüstzeug und dein blanke Wehr
Sollst du in Ehren tragen;
Mit deinem Millionenheer
Sollst du die Wahltschlacht schlagen.
O sag es doch an diesem Tag,
Wie viel man dir noch schuldet,
Wie ab das Leid, das Ungemach,
Du hast genug erduldet.

Drum, Mann der Arbeit, aufgewacht,
Es gilt, den Kampf zu wagen,
Auf, zeig' den Feinden deine Macht
In siegesfrohen Tagen.
Zeig ihnen, daß der alte Mut
In dir noch unbezungen,
Zeig, wie in der Begeißrung Blut
So oftmals du gerungen!

W. Schramm.

Textilarbeiter! Auf zur Wahl!

Zu heute über acht Tage ist das deutsche Volk von neuem zur Wahl von der Reichsregierung aufgerufen worden. Der Regierung ist die fünfjährige Legislaturperiode, die erst im nächsten Jahre ablaufen würde, zu lang geworden, obwohl dieselbe früher von ihr ebenso heiß ersehnt wurde, wie von den reaktionären Parteien, die vor einer Neuwahl stets ein sehr begreifliches Grauen empfinden; sie fühlte sich anscheinend demnach Herrin der Situation, daß sie glaubte, das Volk brauche nur gerufen zu werden, um einen Reichstag neu zu wählen, der der Regierung in allen Stücken durch die und dünn folgt. Wir haben schon wiederholt gezeigt, wie wenig berechtigte Hoffnung sich die Regierung nach dieser Richtung hin machen kann. Das deutsche Volk hat in seiner Mehrheit kein Interesse an der heutigen Politik der Reichsregierung, weder an ihrer inneren noch äußeren Politik. Wenigstens nicht das Volk, das von der Regierung gewöhnlich als Pöbel behandelt wird, und das sich nur schmeicheln kann, kurz vor der Wahl so behandelt zu werden, daß es sich auch einmal den anderen Volksschichten gegenüber als vollwertig fühlt.

Das wird dieses Volk am 25. Januar sicher in einer Weise zum Ausdruck bringen wollen, daß die Regierung, die sich augenscheinlich über den Willen und die Wünsche des Volkes — wenigstens des arbeitenden Volkes — noch im unklaren befindet, endlich klar sehen lernt.

Leider werden viele Arbeiter, und unter ihnen nicht wenige Textilarbeiter, noch nicht recht wissen, wem sie ihre Stimme geben sollen. Deshalb hier einige Aufklärung darüber.

Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß kein Textilarbeiter einem konservativen oder einem sogenannten liberalen Kandidaten seine Stimme gibt. Denn die Konservativen sind ja diejenigen, welche dem Arbeiter stets und ständig die schon geringen politischen und persönlichen Freiheiten noch beschneiden wollen, die die frühere Leibeigenschaft wieder einführen und den Arbeiter nach jeder Richtung hin zum Sklaven machen möchten; die Konservativen sind reaktionär und fortschrittsfeindlich. Die Liberalen sind nur noch Parteien, welche sich zwar nicht so offenkundig gegen den Fortschritt auflehnen wie die Konservativen, dennoch aber nicht viel freierlicher gesinnt sind wie diese, wenigstens nicht, soweit die Arbeiter in Betracht kommen. Zudem vertreten sie ausschließlich die Interessen der industriellen Unternehmer, besonders jener Scharfmacher, die stets nach neuen Ausnahmengesetzen gegen die Arbeiterklasse schreien und am liebsten deren Organisationen vernichten möchten, weil diese dem Lohndruck von Unternehmerseite ein Halt gebieten, der immer und immer wieder versucht wird, trotzdem die Unternehmer wirklich keine Not leiden; sie wollen aber die Früchte einer immer mehr gesteigerten Produktivität allein für sich einheimen und empfinden es überaus schmerzlich, daß sie zu einem — leider immer noch geringen Teile — durch die Gewerkschaften daran gehindert werden.

bleibt dann noch die Zentrumsparthei und die Sozialdemokratie als bedeutendere Parteien. Die erstere war bisher im Reichstage ausschlaggebend, d. h. sie hätte drückende Steuern vom Volke fernhalten können, wenn sie es wollte. Sie hätte dem Arbeiter alle möglichen staatsbürgerlichen und persönlichen Freiheiten verschaffen können, sie hätte auf sozialpolitischem Gebiete soviel für die Arbeiterklasse tun können, daß diese das Himmelreich auf Erden finden würde. Aber auch die Zentrumsparthei hat Unternehmerrückgriffe zu vertreten, und namentlich die Interessen der Großgrundbesitzer. Diese erheischen, daß dem Volke Brot und Fleisch erheblich verteuert würde, und das Zentrum gab seine ausschlaggebende Zustimmung dazu. Das Zentrum ist auch an der ungeheuren Schuldenlast, die das Reich zu tragen hat, mitschuldig, deshalb bewilligte es der Regierung auch alle Steuern, die diese verlangte. Da es aber die Interessen derer zu wahren hat, die das Geld für höhere Steuern im Säckel hätten, belastete es mit neuen Steuern immer die arbeitende Klasse, die schon immer in mehr als zulässiger Weise ausgefaugt wurde. Das Zentrum hat auch die Kolonialpolitik mit verschuldet, die dem deutschen Volke direkt schon selbst nach den Angaben des „Reichshoten“, der doch in diesem Fall sicher nicht übertreibt, nahezu 1000 Millionen gekostet hat. Die „Germania“, das führende Organ der Zentrumsparthei, berechnet die für die Kolonien entstandenen Gesamtkosten sogar auf Milliarden, tut aber, als ob die Zentrumsparthei gegen diese faste Ausgaben gewesen wäre. Sie hat der Regierung aber stets alle ihre Forderungen bewilligt.

Das Zentrum sagt allerdings, daß Deutschland für seine Ueberproduktion Absatzgebiete schaffen müsse. Gibt es denn aber kein anderes Mittel dafür? Ist es nicht viel bequemer, die Bevölkerung des Reichs durch eine weise Gewerkschafts- und Sozialpolitik kaufkräftiger zu machen? Das Zentrum verschweigt denn auch wohlweislich, daß die Kolonien, für die es so viele Millionen bewilligte, so gut wie nichts einbringen, und daß in den Kolonien fast die einzigen Abnehmer unserer Waren aus — unseren Landsleuten bestehen, die uns hier im Inland vielleicht noch mehr ablaufen würden, als dies in den Kolonien der Fall ist. Wenn wir aber schon überseeische Abnehmer für unsere Handelsartikel brauchen — brauchen wir dann darum die Kolonien als Besitz? Wir unterhalten ja mit diesen anderen Ländern, die uns nicht geföhren, Handelsbeziehungen. Wir hätten also gar nichts dagegen, daß man neue Handelsbeziehungen anzuknüpfen versuchte, wenn es durchaus notwendig wäre, glauben aber, daß dies auf andere Art billiger und erfolgreicher bewirkt werden könnte, als dadurch, daß man unter ungeheurem Kostenaufwand fremde Gebiete annektiert, deren Bewohner, die sich dagegen wehren, totgeschlagen und dann deutsche Staatsangehörige dort ansetzt, die uns dort nicht mehr an Waren abnehmen können, als dies im Mutter-

lande der Fall gewesen wäre. Selbst wenn diese Leute sonst wohin ausgewandert wären, könnten unsere Produkte sie in demselben Umfange durch unseren Export erreichen, wie jetzt, wir würden dieses Ziel aber ohne besondere Kosten erreichen.

Das Zentrum verteidigt seine Kolonialpolitik mit dem Sprüchewort: Wer nicht sät, kann nicht ernten. Eine Saat aber, die beständig mehr kostet, als die Frucht einbringt, welche sie ernten läßt, kann nichts nützen. Man sät doch nicht, um zu säen, sondern um zu ernten, und wenn eine Saat nicht die erwünschte Frucht bringt, hört man vernünftigerweise auf zu säen. Dazu kann sich aber das Zentrum nicht verstehen, und deshalb ist die Politik des Zentrums eine vollstetigende, so daß kein Mann aus dem Volke dem Zentrum seine Stimme geben kann, der nicht zu den Kälbern gezählt werden will, die ihren Weg selber wählen.

Wie kommen nun zur Sozialdemokratie, die bekanntlich ausgeprägte Gegnerin der heute geübten Kolonialpolitik wie der Weltmachtspolitik ist, von der die Kolonialpolitik ein Teil ist. Die Sozialdemokratie ist es auch, welche die Steuern auf diejenigen abwägt, die es dazu haben. Sie ist für eine durchgreifende Sozialpolitik, überhaupt für Erleichterung der Lage der arbeitenden Bevölkerung, ja überhaupt für Befreiung der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Knechtschaft und politischen Bevormundung; sie tritt für völlige Befreiung der Arbeit, und damit der Arbeiter ein. Kann ein vernünftiger Arbeiter etwas dagegen haben, daß er, was die Aktionäre in Form von Dividende vom Ertrage der Arbeit in ihre Tasche stecken, in Form erhöhten Lohnes bekommen soll? Wer kann als Arbeiter dagegen sein, daß solange dieser Zustand noch nicht etabliert sein wird, wenigstens das Interesse des Arbeiters stets dem Interesse der Unternehmung gleichgestellt werde? Wer kann dagegen sein, daß soziale Reformen eingeführt werden sollen, die die Lage des Arbeiters immer mehr zu besserem Stande bringen, selbst auf Kosten der Unternehmung? Wer ist als Arbeiter gegen immer mehr politische und bürgerliche Freiheiten und Rechte, wenn sie ihm zu gute kommen sollen? Gewiß keiner. Deshalb müssen alle einen Sozialdemokraten wählen, denn die Sozialdemokratie erstrebt dies alles. Wer einem anderen Kandidaten seine Stimme gibt, wählt seinen wirtschaftlichen Gegner, der natürlich für die Interessen der Arbeiter niemals so viel übrig haben kann, wie für die Interessen seiner eigenen Klasse, oder derjenigen Klassen, deren politische Vertretung er übernommen hat, weil er einen für die Arbeiter gerechteren Zustand, wie ihn die Sozialdemokratie erstrebt, nicht will, denn das geht wider sein eigenes persönliches Interesse. Die Sozialdemokratie allein ist eine Partei, welche die Interessen der Arbeiter konsequent vertritt, also auch die der Textilarbeiter. Wer keinen Sozialdemokraten wählt oder unentschieden der Wahlurne fern bleibt, handelt wider sein eigenes Interesse als Arbeiter.

Textilarbeiter, Ihr werdet Euch einen Vorwurf, so gehandelt zu haben, nicht machen lassen wollen, Ihr werdet nicht gegen Euer eigenes Interesse handeln, nicht den Feinden der Arbeitersache, nicht den verteideten oder offenen Vertretern der Reaktion, gleichviel in welcher Form sie sich bisher gezeigt hat, mit der Leitung Eurer Geschicke betrauen wollen. Nun, dann bleibt Euch keine andere Wahl als die eines Sozialdemokraten. Wenn Ihr gut wählen wollt in Euren Interesse, so

Wählt sozialdemokratisch!

Nicht schwarz, nicht grau
Färbt sich das Blau
Des Himmelszeltens, wenn uns soll
Aus blauem Aether Klar und doll
Die Sonne ihre Strahlen senden
Und den Verdruß in Frohsinn wenden;
Ein schöner Tag sich kündigt dann
Durch helle Morgenröte an.

Deutsche Arbeiterfürsorge.

Der Reichstagsler von Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, den Generalleutnant v. Trebert, eine Silberner-Epistel gerichtet, die die Stellungnahme der Regierung zum gegenwärtigen Wahlkampfe betonen soll. Diese Wahlkundgebung zeichnet sich weder durch einen politischen Inhalt noch durch irgend welches blendende Neuland aus, — das Bezeichnendste an ihr ist die Adresse, an die sie sich richtet. Sie bekundet, daß die Reichsleiter sich offiziell in die Hände der stumpfsten Schwarmmacherorganisation geben. — Sie stampelt die Niederlage der letzteren offiziell zu einer solchen der Regierung. In dieser Kundgebung befindet sich indes ein Satz, den wir, besonders von unserer gewerkschaftlichen Standpunkte aus, einer näheren Prüfung unterziehen müssen. Herr v. Bülow schreibt: „Daher ist es ferner keinen Staat gibt, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich. — obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen Berufs- oder als Militärs zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Von solchem Druce muß sich das deutsche Volk freimachen.“

Wenn es wahr wäre, daß das Deutsche Reich mehr als irgend ein Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan hätte, dann wäre die deutsche Arbeiterklasse, diese „bestgebildete der Welt“, wirklich, einer Partei nachzuhängen, die die gegenwärtigen Zustände von Grund aus bekämpft. Da nun aber die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesen Zuständen in so raschem Maße wächst, daß Herr von Bülow sich nicht anders mehr als mittels des Reichsverbandes zu helfen weiß, so muß es doch wohl mit dem offiziellen Lob der deutschen Arbeiterfürsorge nicht ganz stimmen. Prüfen wir also, wie es mit der materiellen und geistigen Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches bestellt ist.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wurden im Jahre 1904 für die gesamten Reichstaxifanten 219 081 462 Mk.

veranschlagt (pro Mitglied 19,97 Mk.). Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen betragen in diesem Jahre 246 005 053 Mk., davon aus Beiträgen und Einrückungen 230 085 129 Mk. Von diesen 230 Millionen Mark hat die Arbeiterkassen mindestens 160 Millionen Mark aus eigener Tasche aufgebracht, etwa 70 Millionen Mark sind aus Beiträgen der Arbeitgeber geflossen, die sie ebenfalls an den Arbeitern verdient haben; das Reich hat indes keinen Pfennig dazu beigetragen. Nur bei der Gemeindeversicherung stellen die Gemeinden die Verwaltung unentgeltlich, dafür ist diese Art der Krankenversicherung auch die leistungsfähigste und rücksichtslose, die sich zugleich der geringsten Sympathien der Arbeiterkassen erfreut.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wurden 1901 insgesamt 164 182 886 Mk. veranschlagt, davon 126 641 740 Mk. für Entschädigungsbeträge, Haft- und Verdigungslofen (pro Kopf der Versicherten 6,37 Mk.). Hier werden die gesamten Kosten von den Unternehmern getragen; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuß (abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamtes).

Für Invaliden- und Altersvorsicherung der Arbeiter wurden 1901: 117 100 614 Mk. aufgewendet, davon 103 980 253 Mk. für Entschädigung (pro Versichert im Durchschnitt 7,94 Mk.). Die Gesamteinnahmen betragen im gleichen Jahre 103 221 977 Mk., davon aus Beiträgen 154 087 709 Mk. Die letzteren sind je zur Hälfte von den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebracht; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuß (abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamtes).

In allen drei Versicherungszweigen wurden also für das materielle Wohl der Arbeiter aufgewendet:

Versicherung	Ausgabe für Entschädigung	Beiträge der		
		Arbeiter	Arbeitgeber	Reich
Kranken-	218 031 462	100 012 729	70 670 992	—
Unfall-	126 641 740	—	148 431 221	—
Invaliden-	148 203 684	77 043 900	77 048 900	45 125 481
Insges.	492 876 886	237 059 629	296 149 113	45 125 481

Im also den erkrankten, verletzten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter 488 1/2 Millionen Mark Unterstützung und Heilung usw. zu zahlen, mußten die Arbeiter 237 Millionen Mark (41,0 Proz.) aus eigener Tasche aufbringen; 296 Millionen Mark (59,2 Proz.) veranschlagte das Reich für die Arbeiter und 45 Millionen Mark (9,1 Proz.) für die Arbeiterkassen. Im Gesamtdurchschnitt entfällt auf jeden Versicherten eine Unterstützung von 33,67 Mk. pro Jahr oder 0,22 Pf. pro Tag, wovon im Verhältnis der Beitragsleistung die Arbeiter 3,77 Pf. selbst aufzubringen, die Unternehmer 4,78 Pf. veranschlagten und das Reich 0,07 Pf. täglich für jeden Versicherten beizutragen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wählen wir für die Leistungen der Unternehmer den Ausdruck „veranschlagen“; in Wirklichkeit zahlt auch kein Unternehmer die Versicherungsbeiträge aus seiner Privat- tasche, sondern er entnimmt sie den Betriebsergebnissen, die ihm seine Arbeiter „erarbeiten“ müssen. Nichtig ausgedrückt handelt es sich auch hierbei um Arbeiterbeiträge. Auf 1/2 Pf. pro Tag reduziert sich also der gesamte Zuschuß des Reiches zu den materiellen Bedürfnissen des einzelnen versicherten Arbeiters, während die Arbeiter mehr als das Fünffache aus eigenen Mitteln und das Zwölfwache aus dem Ertrage ihrer Arbeitskraft dafür aufbringen müssen. So sieht es also auf dem Gebiete der amtlichen Sozialpolitik aus. Gewiß tritt das, was die Arbeiter aus freier Initiative leisten, an Bedeutung hinter die Gesamtleistungen der Zwangsversicherung zurück, die ebenso viele Millionen von Arbeitern umfasst, als die Gewerkschaften Hunderttausende. Aber diese Hunderttausende haben neben den Leistungen der Zwangsversicherung in den Gewerkschaften ein Unterstützungswesen geschaffen, das im gleichen Jahre 1901: 11,1 Millionen Mark für Unterstützungszwecke veranschlagte. Neben den 33 Pf. Beiträgen pro Tag für die Arbeiterversicherung brachte jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter noch 7,2 Pf. für Gewerkschaftszwecke auf, von denen 2,9 Pf. direkten Unterstützungszwecken zugewendet wurden.

Und nun betrachten wir einmal, was das Reich den Arbeitern für die zwei Drittel eines Pfennigs, den es ihnen täglich schenkt, wieder nimmt. Im Können und Verbrauchssteuern muß das deutsche Volk nach dem Etat für 1907/08 1067,6 Millionen Mark aufbringen, das ist pro fünfköpfiger Familie ein Betrag von 85 Mk. Da es sich bei den Reichsteuern vorzugsweise um Lebensmittelsteuern (Getreide, Salz, Petroleum, Mafsee, Fleisch, Tabak, Bier, Branntwein) handelt, um die „Lebensgegenstände der großen Masse“, wie Bismarck sie 1875 im Reichstage bezeichnete, und da ferner die zahlreichsten Familien in Arbeiterkreisen zu finden sind, so ist anzunehmen, daß die Reichsteuern den Arbeiterhaushalt eher noch stärker belasten. Das ist aber nur ein Teil der Ausgaben des Arbeiterhaushalts. Die deutschen Böden sind Schuttscholle; sie liefern nicht nur das vom Ausland hereinkommende Getreide, Fleisch und sonstige Produkte, sondern auch das inländische, wofür der Steuerpflichtige einen gleichen Tribut an den Fiskus und Grundbesitzer zahlen muß. Von je 100 Kilogramm Weizen, das

in Deutschland konsumiert wird, werden nur etwa 15 Kilogramm eingeführt; beinahe je nachmal so viel Getreide, als an das Reich, muß das deutsche Volk noch an die Fiskus zahlen. Und das ist nicht der einzige Fiskus-Tribut. Von allen inländischen Nahrungsmitteln, als Bier, Hülsenfrüchte, Fleisch, Fleischwaren usw., muß das Volk einen dem Auslandszoll gleichkommen Betrag den deutschen Grundbesitzern zahlen. Vom Branntwein zahlt es neben den 110,8 Millionen Mark Reichsteuern eine Liebesgabe von 45 Millionen Mark an die Brennereibesitzer, die überdies von Reichs 18 Millionen Mark Prämien infolge der Art der Mafseeerzeugung oder Brennereierhebung empfangen. Die Sperren der Grenzen gegen ausländisches Schmalzwied hat den Preis des Schweinefleisches seit 1904 von 1,32 Mk. pro Kilogramm auf 1,73 Mk. gesteigert, den des Hammelfleisches von 1,41 Mk. auf 1,65 Mk. und den des Kalbfleisches von 1,44 Mk. auf 1,69 Mk. und den des Rindfleischs von 1,21 Mk. bezw. 1,43 (Steule) auf 1,43 Mk. bezw. 1,67 Mk., also Preissteigerungen von 22—41 Pf. pro Kilogramm. Nach den Normierungen der Marktverwaltung soll ein Mann pro Woche je 800 Gramm Mafsee oder Hammelfleisch und 750 Gramm Schweinefleisch erhalten. Berechnet man den Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie nur auf das dreifache Quantum, so beträgt die Mehrbelastung dieses Arbeiterhaushalts infolge der Fleischsteuer pro Jahr 80,77 Mk., umgerechnet die Mehrbelastung für Fleischwaren. Dazu kommt, daß der Kleinhandel eine weitere Belastung der kleinsten Konsumenten mit sich bringt.

Nach dem sind die Wirkungen der Zölle und Steuererhebung des Reiches zugleich auf Lohnhöhe und Lebenshaltung der Arbeiter. Für die Zigarettensteuer, die die Steuerhöhe nach dem Verkaufspreis der Zigaretten bemisst, bedeutet eine direkte Prämie für den Lohnempfänger, denn wenn der Fabrikant durch Lohnabgabe imstande ist, die Zigarette etwas billiger zu verkaufen, profitiert er zugleich an der Steuer.

So drückt also die Zoll- und Steuererhebung des Reiches zugleich auf Lohnhöhe und Lebenshaltung der Arbeiter. Für die 3,48 Mk., die das Reich dem Arbeiter jährlich in Gestalt eines Zuschusses schenkt, nimmt es ihm im Wege der Lebensmittelbesteuerung das Hundertfache wieder ab, und wenn dieser Betrag nicht erreicht wird, so ist dies der Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter geschuldet, die das Reich bereits zum vollständigen Zugunsten der großen Masse des Volkes gemacht hat und die besseren Lebensmittel durch billigere, schlechtere ersetzt.

Überdies nimmt das Reich den Arbeitern nicht bloß von dem, was diese konsumieren, sondern auch ganz direkt von dem, was es ihnen „schenkt“. Als im Jahre 1903 die Seereschiffahrt von 650 Millionen Mark (1902) auf 742 Millionen Mark und die Marineausgaben von 224 Millionen auf 265 Millionen Mark stiegen, da suchte die Regierung zu sparen, und sie fand heraus, daß die invaliden Arbeiter zu viel erhielten. Es waren 1902 142 780 Invalidenrenten und 1903 sogar 152 871 bewilligt. Da fand man glücklich heraus, daß es Invalidenrenten gäbe, die etwas mehr als ein Drittel der früheren Erwerbsfähigkeit besaßen, und flugs wurde diesen Invaliden die Rente entzogen, wodurch das Reich in jedem Falle 50 Mk. sparte, die armen Leute aber auch um die Rente kamen. So brachte man es fertig, daß 1904 bloß noch 140 062, 1905 nur 122 889 und 1906 nur etwa 112 000 Invalidenrenten bewilligt wurden, seit 1903 also mindestens 88 800 Renten gespart wurden! Das Reich sparte in den drei Jahren 4,2 Millionen Mark, und den armen Leuten wurden circa 10 Millionen Mark Renten „erspart“.

Das ist die Arbeiterfürsorge des deutschen Reiches, das mehr als ein anderer Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan haben will. Für die geistigen Bedürfnisse sorgte wohl das preussische Volksschulgesetz, das die Volksschule unter den verfassenden Einfluß der Kirche stellte. Für andere Kulturaufgaben ließ die mahnsichtige Seereschiffahrt und Marineerüstung, die Kolonial- und Weltmachtspolitik leider kein Geld mehr übrig.

Das ist das Deutschland, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik an der Spitze der Nationen marschiert!

Von solchem Duz muß das deutsche Volk sich frei machen! Deshalb wählen die Millionen deutscher Arbeiter am 25. Januar Sozialdemokraten!

Die soziale Lage des Arbeiters in Deutschland und im Auslande.

Mit der staatlichen Fürsorge des Deutschen Reiches kann sich das Auslande nicht messen. Nur die Unfall- bezw. Haftpflichtversicherung ist im Auslande weiter entwickelt. In Oesterreich und Dänemark ist auch die Krankversicherung staatlich geregelt, bezw. wird sie vom Staate unterstützt. In den meisten Ländern hat man die Arbeiterversicherung der privaten Selbsthilfe überlassen. Nun hat diese Selbsthilfe zwar für die Beteiligten ganz andere Ergebnisse zuwege gebracht, als die deutsche Zwangsversicherung mit ihren 0,2 Pf. pro Tag, von denen das Reich ganze 1/2 Pf. hinzugewinnt. Aber die deutsche Zwangsversicherung erspart Millionen, die erhaltungsgemäß von jeder Selbsthilfe ausgeschlossen bleiben, und deshalb ist sie der letzteren sicherlich überlegen.

Indes ist das nur eine Fürsorge für Ausnahmefälle, nicht für jeden Arbeiter ist das, wovon er sein Dasein bestreitet, sein Lohn und seine ganze Lebenshaltung, und derjenige Staat, der am besten für seine Arbeiterbevölkerung, der ihr nicht bloß Sicherheit gegen Unglück, sondern die Garantie eines auskömmlichen Lebens, einen möglichst hohen Anteil an den Errungenschaften moderner Kultur gewährt.

Das nordamerikanische Arbeitsdepartement hat vor kurzer Zeit eine Untersuchung über die Lohnhöhe, Arbeitszeit und Lebenshaltung der Arbeiter in verschiedenen Staaten veranstaltet. Die ersten Ergebnisse derselben bringen jetzt in einer Bearbeitung von G. Deth in „Schollers Jahrbuch der Sozialwissenschaft“ in die Öffentlichkeit. Es ist von hohem Interesse, daß es ein angehohenes Organ der bürgerlichen Nationalökonomie ist, das auf dieses Zahlenmaterial die Aufmerksamkeit lenkt. Das sichert uns gegenüber dem sonst leicht erhobenen Vorwurf tendenziöser Darstellung. Wir geben aus dem vergleichenden Zahlenmaterial die Löhne einiger Arbeitergruppen in den vier Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Vereinigte Staaten wieder. Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß fast überall bei Entlohnung der Arbeiterschaft in Deutschland die schlechteste ist. Danach wurden 1903 an Stundenlöhnen gezahlt:

	Reineinkünfte Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutschland
Maurer	2,10	0,82	0,58	0,53
Steinmeyer	1,88	0,83	0,58	0,53
Schiffsführer	1,79	0,72	0,52	0,50
Zimmerer	1,44	0,81	0,62	0,52
Maler	1,38	0,71	0,60	0,48
Schmiede	1,18	0,70	0,65	0,49
Ungelernte	0,67	0,41	0,30	0,32

Siehe auch erhalten die deutschen ungelerten Arbeiter nicht einmal die Hälfte des Lohnes (47,6 Proz.), den die ungelerte Arbeiterschaft in Nordamerika bezieht. Nach Krasser ist der Unterschied natürlich in den gelehrten, gut organisierten Berufen, wo bei den Schmieden der deutsche Stundenlohn auf 41,9 Proz., bei den Zimmerern auf 36,2 Proz., bei den Schiffsführern auf 31,8 Proz. und bei den Malern sogar auf 24,3 Proz. des amerikanischen Stundenlohnes herabsinkt. Dabei handelt es sich um Berufe, die auch in Deutschland zu den bestorganisierten zählen und die den Lohn von 62 bis 68 Pf. pro Stunde erst nach zehnen Stämpfen auf diese Höhe gebracht haben. Im Jahre 1904 zeigt sich bei den nordamerikanischen Arbeitergruppen eine weitere Steigerung der Stundenlöhne. So betragen dieselben in Mark bei den Holzwerkern 2,68 Mk., Maurern 2,38 Mk., Maschinenschneidern 2,20 Mk., Stukkateuren 2,16 Mk., Steinmeyer 2,07 Mk., Schiffsführern 1,97 Mk., Dachdeckern und Steinmeyer 1,87 Mk., Schiffsführern 1,52 Mk., Tapezierern 1,46 Mk., Zimmerern 1,45 Mk., Malern 1,42 Mk., Maschinenschneidern 1,24 Mk., Wärdern 1,18 Mk., Schmieden 1,07 Mk., Ungelernten Arbeitern 0,72 Mk. und Teppichweberinnen 0,67 Mk. Nur der Stundenlohn der Schmiede weist hier einen Rückgang auf. Im allgemeinen entsprechen die niedrigsten Löhne der ungelerten Arbeiter in Nordamerika (sie schwanken in den einzelnen Ständen zwischen 0,57 und 1,21 Mk.) denen der höchstgehörigsten deutschen Berufe.

Bei der Arbeitszeit fast durchweg kürzer als in Deutschland. Es betrug die wöchentliche Arbeitsdauer in den vorgenannten vier Staaten:

	Reineinkünfte Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutschland
Maurer	56,2	53,6	51,5	60,0
Steinmeyer	49,4	50,1	50,0	56,5
Schiffsführer	49,8	50,0	50,0	51,1
Zimmerer	49,4	50,1	50,0	55,8
Maler	49,0	51,0	50,0	56,2
Schmiede	56,8	58,0	60,2	59,9
Ungelernte	56,4	52,5	60,0	56,8

Siehe auch ist die Arbeitsdauer nur in Frankreich länger als in Deutschland. Ein Vergleich dieser Arbeiter mit denen der Stundenlöhne bestätigt das bekannte Sach, daß den höchsten Löhnen in der Regel auch die kürzesten Arbeitszeiten zur Seite stehen. Nach diesen Ergebnissen steht die deutsche Arbeiterfürsorge keineswegs glänzend da. Der deutsche Arbeiter würde herzlich gern die gesamte staatliche Zwangsversicherung darangeben, wenn er dafür die Höhe und Arbeitsdauer der englischen und nordamerikanischen Arbeiter eintauschen könnte.

Nach einer Einkommen- und Lebenshaltungsstatistik, die sich auf 24 029 nordamerikanische Arbeiterfamilien stützt, hatten ein Gesamteinkommen in Mark:

	Wagebau in Proz.	Eisen- u. Stahl in Proz.	Textilindustrie in Proz.	Landwirtschaft in Proz.
unter 1200 Mk.	8,71	2,19	11,60	42,39
1200—1800 „	10,93	6,50	14,85	23,88
1800—2000 „	20,81	14,42	29,83	13,64
2000—2400 „	16,88	16,83	14,23	6,18
2400—2800 „	10,95	17,07	12,28	8,46
2800—3200 „	7,25	20,06	9,50	0,77
3200—3800 „	9,16	9,48	3,10	0,77
4000 u. mehr „	2,61	6,46	2,97	—

Fachgewerbliche Rundschau.

Die Rohbaumwollzufuhr war im verfloffenen Jahre 1906 geringer als in den drei Jahren vorher; sie betrug 1906: 3 245 123 Doppelcentner, 1905 aber noch: 3 531 629, 1904: 3 331 496, 1903: 3 287 057, 1902: 3 053 702, 1901 jedoch erst 2 909 633 Doppelcentner. Also nicht allein gegenüber 1905, sondern sogar gegen 1904 und 1903 ergibt sich eine Abnahme der Rohstoffversorgung. Der Rückgang in der Versorgung mit Rohbaumwolle läßt den Schluß zu, daß die Baumwollweber im verfloffenen Jahre weniger gut beschäftigt war als in den letzten Vorjahren. Damit soll nicht gesagt sein, daß Baumwollweber in größerer Zahl arbeitslos gewesen sein müssen; da in anderen Zweigen der Weberlei der Geschäftsgang ein besserer gewesen sein muß, können viele von ihnen dort Beschäftigung gefunden haben. Zum Beispiel verlief der Geschäftsgang im Wollgewerbe ziemlich gleichmäßig, wenn nicht gar eine Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeiten eingetreten war. Auf eine solche läßt die Zunahme der Rohstoffversorgung hier schließen. Die Einfuhr von Wolle ist nämlich im letzten Jahre wieder gestiegen, gleichwie im Jahre 1906, im Gegensatz zu 1904, wo gegen 1903 ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Wolleinfuhr betrug 1901: 1 350 512, 1902: 1 582 465, 1903: 1 580 746, 1904: 1 470 906, 1905: 1 502 861, 1906: 1 520 161. — Auch im Seidengewerbe liegt die Versorgung mit Rohstoffen im Jahre 1906; sie überstieg die des Jahres 1905 um 22 Prozent. Nach verhältnismäßig schneller als die Rohstoffversorgung in den bezeichneten Arten stiegen die Preise für diese Rohstoffe.

Vom Garn- und Warenmarkt. Der Garnmarkt zeigte sich zwar in den letzten Wochen etwas flauer als vorher, mußte daher als etwas ruhiger bezeichnet werden, doch war immerhin um Neujahr noch vereinzelt Nachfrage, so daß von eigenlicher Verknappung des Geschäftes nicht gesprochen werden kann, wie alle Fachkreise übereinstimmend behaupten. Auf den Warenmärkten geht es naturgemäß jetzt ruhiger zu; man will erst die weiteren Eingänge übersehbare Rollen abwarten, wenn auch nicht in der Hoffnung, daß die Preise sinken werden, sondern vielmehr, um den Vorteil einer größeren Auswahl wahrnehmen zu können. Der Preis sämtlicher Warenarten kann als fest bezeichnet werden, namentlich der feineren Qualitäten. In der Regel ist ein solcher Umstand für die Warenfabrikanten nicht ungünstig; sie brauchen dann mit den Fabrikanten nicht herabzugehen und haben keinen Anlaß, Lohn-

reduktionen vorzunehmen, um sich durch solche für etwaige Ausfälle an Profit schadlos zu halten. Umgekehrt wäre das eher zu erwarten; denn wenn die Woll- und Garnpreise sinken, drücken die Abnehmer des fertigen Webfabrikats mandantial mehr auf den Warenpreis, als nach Lage der Dinge gerechtfertigt ist, worauf dann Versuche, auf den Weblohn zu drücken, wenn auch noch lange nicht gerechtfertigt, so doch einigermaßen erklärt werden. — Auch für nordamerikanische Baumwolle trat eine Festigung der Preise ein. Ägyptische Baumwolle zeigt immer noch die schon seit längerer Zeit vorhandene preissteigernde Tendenz.

Auffassung der deutschen Posamentenfabrikanten. Die Posamentenbranche dürfte von der Mode, wie ein Bericht des österreichischen Konsulates in Leipzig ausführt, wieder etwas mehr begünstigt werden. Wenigstens hat sich das Interesse für Gobelins und Ornamente mit Bezug gehoben. Auch in Fragen und Garnituren sowie Gimpeln, speziell in Schlängelgarnen, bestärkt die Nachfrage Kaufkraft. Auch in Perlkragen und Gürteln herrscht ziemlich gute Nachfrage. In jüngerer Zeit weichen verschiedene Einfäufer aus dem Auslande in den ergeberrigsten Posamentenorten. — Eine Konferenz der Posamenten-Erstkäufer und der letzten Fabrikanten, die am 5. Januar in Hohenstein-Ernstthal stattfand, sah sich auf wiederholte „Eingaben“ der Weberinnungen beider Städte, in denen mit Rücksicht auf die steigenden Lebensbedürfnisse um Lohnaufbesserung bei besseren Wollen für die Hausweber gebeten wurde, nach längeren Verhandlungen veranlaßt, die Löhne der sogenannten wasserfesten Tisch- und Bettdecken um ein kleines zu erhöhen resp. einheitlich zu regeln, während die unweichten besseren Decken von einer Lohnhöhung ausgeschlossen wurden. — Wenn die Fabrikanten sich, wenn auch nicht in dem von den Weibern gewünschten Maße, auf Berücksichtigung solcher Mittelgehende einlassen, müssen sie in den Hauswebern immer noch recht ergiebige Ausbeutungsobjekte sehen.

Betriebsänderungen und Vergrößerungen. Die Firma Hermann Schubert in Rittau läßt in Grottau 1. Wohnen eine erkaufte Baumwollspinnerei rekonstruieren und zu einem modernen Textilwerk ausbauen. — Von der Firma S. Müller in Spremberg wird eine Teppichfabrik eingerichtet werden, in der die Teppiche aus Wolle, Wolle und Wollflur hergestellt werden sollen. Das dürfte für die Arbeiter sehr angenehm werden. — Die neue Firma W. E. Müller in Pommern bergwöhrt ihre bisher unter der Firma G. u. M. betriebene Wolledecken-, Soben- und Planfabrik durch einen Neubau und

Aufstellung neuer Webstühle. — Eine zeitgemäße Einrichtung trifft die Kammgarnspinnerei und Strickgarnfabrik von Fr. Kesthorn in Wera, indem sie mit einem Fabrikverweidungsbau zugleich Abweidungsbau für ihre Weanten und Arbeiter herstellt. — Die Wiener Manufaktur- und Webereifirma W. Angold u. Weiser beabsichtigt, in Oberungarn eine mechanische Weberei mit 400 Stühlen und Erweiterung auf 600 Stühle zu errichten. Die diesbezüglichen Unterhandlungen mit der ungarischen Regierung sollen dem Abschluß nahe sein.

Die Ausichten der indischen Textilindustrie. Der von Bengalen ausgehende „Swadeshi Movement“ genannte Boykott europäischer Waren fand mit seinen Agitationen für die indische Industrie fast in ganz Indien ein Echo. Die Baumwollspinnereien und Webereien nützen diese Umstände zu ihrem Vorteile aus, schürten das Swadeshi Movement mit allen möglichen Klammern und setzten dabei von ihren Erzeugnissen viel mehr ab, als sie in früheren Jahren imstande waren. Der größte Teil der Baumwollindustrie liegt auf der westlichen Seite Indiens, besonders um Bombay herum, weil die Bewohner der Westküste und Zentralindiens mehr bunte und daher auch größere Stoffe tragen, welche die indischen Webereien bisher allein erzeugen konnten. In Bengalen dagegen bestanden sich die Leute mit feineren, dünnere, weißen Baumwollstoffen, die nur Manchester fabrizieren kann. Das Bestreben der Bengaleser geht nun dahin, Fabriken mit solchen Maschinen einzurichten, die auch die feineren Baumwollgarn- und Stoffe erzeugen können. Hierzu muß jedoch aghistische Baumwolle importiert werden, und daher ist es fraglich, ob sich ein solches Unternehmen rentieren wird. Trotzdem werden derzeit mehrere neue Spinnereien und Webereien um Kalkutta herum gebaut, deren Finanzierung europäische Firmen übernommen haben. — Weit besser als die Baumwollspinnereien und Webereien rentiert sich in Indien die Textilindustrie. Sie hat sich immer mehr zu einem Monopol ausgebildet. Bengalen ist beinahe ausschließlich das einzige für den Juteanbau taugliche Land, daher können sich Jutespinnereien und Webereien in und um Kalkutta liegen, das Rohmaterial zu günstigeren Bedingungen beschaffen, als die Fabriken in Europa. Dieser Umstand haben die Aktionäre der Trester Jutespinnerei und Weberei bereits erkannt und mit Hilfe der Societa Anonima Coloniale di Trieste eine österreichische Aktiengesellschaft zur Errichtung einer Jutefabrik bei Kalkutta gegründet.

Die durchschnittliche Einnahme einer Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,8 Köpfe stark) betrug 299 M., die Jahresausgabe 276 M. Von den Ausgaben entfallen auf Wohnung 125,68 M., auf Kleidung 379,96 M. und auf Miete 473,60 M. im Durchschnitt. Die Unterbringung von 19.000 Arbeiterfamilien erforderte eine Durchschnittsausgabe von 1,67 Millionen Mark für den Preis von 168,20 M. Wo fände der deutsche Arbeiter für diesen Preis eine solche Durchschnittswohnung? In Berlin kostete im Jahre 1900 eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche schon 425 M., und eine Wohnung, die aus einem einzigen Raum bestand, 232 M. Noch günstiger stellt sich das Verhältnis mit den Eigenhäusern der Arbeiter, auf die im Durchschnitt 5,12 Räume entfallen. Dabei wird angegeben, daß mehr als ein Fünftel der Arbeiter in Eigenhäusern wohnen. In Berlin müßte eine Arbeiterfamilie, die nur eine halb so große Wohnung erfordern würde, als die meisten amerikanischen Arbeiterfamilien, mindestens 2500 M. jährlich verdienen. Aber 93 Proz. der eingetragenen Personen in Berlin hatten nicht einmal 2000 M. Einkommen. „Trotzdem ein amerikanischer Arbeiter kaum mehr anlegt, als eine kinderreiche Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, können auf jede Familie vier bis sechs Räume und auf jede Person ein Raum,“ schreibt Seif.

Zu beachten ist auch, daß die meisten Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten nicht teurer, sondern wesentlich billiger sind, als in Deutschland. So kostete 1 Pfund (450 Gramm) Rindfleisch in New York 41 bis 51 Pf., in St. Louis 35 bis 64 Pf., Schweinefleisch 48 bis 53 Pf. bzw. 30 bis 57 Pf.; die höheren Preise entsprechen dabei den besten Fleischsorten. Das durchschnittliche Jahresbudget einer Arbeiterfamilie (von 4,8 Köpfen im Durchschnitt) wies folgenden Verbrauch auf: Ochsenfleisch 349,7 Pfund Fleisch, 45,6 Pfund Geflügel; Schweinefleisch 114,2 Pfund Fleisch, 110,6 Pfund Geflügel; Butter 117,1 Pfund; Mehl 630,3 Pfund; Zucker 168,5 Pfund; Kaffee 46,8 Pfund; Milch 854,6 Quart; Brot 252,7 Laibe. 623 Pfund Fleisch pro Jahr für eine Arbeiterfamilie, täglich 1,7 Pfund, — wo ist in Deutschland auch nur eine Arbeiterfamilie, die dieses Ernährungsniveau zu erhalten vermöchte, das den Durchschnitt der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterfamilien bezeichnet?

17 Pfund Fleisch jeden Tag! Muß sich da nicht der leid eines deutschen Familienvaters regen, der kranken Kindern und sich selbst dieses Nahrungsmittel verschaffen muß, weil man es für die Seinen zu einem Preis erwirbt, der die Arbeiterfamilie gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich folgerichtig an der arbeitenden Bevölkerung verhängt?

An diesen Zahlen läßt sich erst erkennen, was Deutschland für seine Arbeiter getan hat, indem es ihnen die Lebenshaltung systematisch verteuerte und verknüpfte, um Milliarden für Militär- und Weltmachtszwecke und abermals Milliarden für die Junker und Schlotbarone herauszupressen. „Herauspressen“ in des Wortes vollster Bedeutung, — einen anderen Ausdruck gibt es nicht für Abgaben, die der Arbeiter bei Strafe des Hungers zahlen muß. In England gibt es zwar einen „Abat“ und Spirituozoll, aber die notwendigen Lebensmittel sind frei geblieben; dort gibt es weder Brot, noch Fleisch, noch Eier; dafür bringt die englische Bourgeoisie zirka 1200 Millionen Vermögens- und Einkommensteuer auf und läßt die Einkommen unter 3000 M. steuerlos. Als der Burenkrieg in England erhöhte Anforderungen stellte, legte sich die Nation einen Getreidezoll von 60 Pf. pro Doppelzentner auf, den sie nach zwei Jahren wieder abschaffte. In Deutschland hat man die Einkommen schon von 500 M. an (Sachen) besteuert; die im Vorjahre ungeheuerliche Erbschaftsteuer ist so milde gestaltet, daß sie nur noch 2 Millionen Mark ergibt. Dafür ist der Getreidezoll von 1/2 auf 3/4 M. erhöht. Hier hat Herr von Bülow die Erklärung, weshalb Millionen von Arbeitern in Deutschland über als Mitläufer der Sozialdemokratie zu betrachten sind: Sie widerlegt zugleich an der Hand schlagender Tatsachen seine Behauptung, daß Deutschland mehr als irgend ein anderer Staat für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter gesorgt habe. Es hat im Gegenteil mehr als irgend ein Staat dafür gesorgt, das materielle und geistige Niveau seiner Arbeiter herabzudrücken, es den herrschenden Klassen zu fern.

Wenn trotzdem die deutschen Arbeiter als die intelligentesten der Welt bezeichnet werden, — wir sind bescheiden genug, dieses Lob nicht einzustimmen, — so danken sie ihre heutige Stellung in nicht den Regierungen und den herrschenden Klassen, sondern einzig und allein der mehr als vierzigjährigen politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter in Organisation und Kampf, die mit dem Wirken der Sozialdemokratie unauflöslich verknüpft ist. Nur eigener Kraft ist die deutsche Arbeiterklasse geworden, was sie ist, und im steten Kampfe gegen das „jüdische Deutschland“ hat sie diese Stellung erzwungen. Und so charakteristisch ist der Vergleich der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegenüber denen anderer Staaten ausgefallen, — selbst dieses Zeugnis gibt die herrschende Klasse den Arbeitern nicht, sondern es ist durch ihre Politik der Volksausbeutung, Volksverdrängung und Volksverdummung herabzudrücken.

Dafür werden sie sich rächen am 25. Januar.

Die Gewerkschaften und der Wahlkampf.

Ueber dieses aktuelle Thema schrieb Paul Umbreit in Nr. 13 der „Neuen Gesellschaft“:

Reichstagsneuwahl! Anstatt des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses! Wahltagitation anstatt der Propaganda gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz! Wie ein Stein fiel der Arbeiterkampf vom Herzen, als der Telegraph diese Nachrichten durch das Reich trug. Wählen im Zeichen des Zuchthaus, des Hungertarifs und des Fleischzolls, nicht wegen der Reichsbanknoten, sondern wegen der Reichsbanknoten! Die Entscheidung des Volkes anrufen — die Verantwortung wiegt federleicht bei den Reichstagswahlen, — sondern wegen der Nichtbefähigung einiger Millionen Weiterführung des Krieges gegen die Hereros, oder richtiger, wegen des Anteils von Einfluß auf die Regierungsgewalt, das Zentrum beansprucht. Das Zentrum, das als Regierungspartei alle Militär- und Flottenpolitik mitgemacht, alle M. und Steuerprojekte unter Dach gebracht und sogar Rechte der Volkvertretung im Wege der Geschäftsordnung geschnitten hat, kämpft für die Selbständigkeit des Parlaments, während der Freistrom sich plötzlich regierungsfähig stellt und sich auf die Seite des absolutistischen Regiments und Kolonialabenteurerpolitik schlägt. Hier Parlamentarismus — hier Militarismus — hier Absolutismus — hier Liberalismus — hier Sozialdemokratie. Nicht zu vergessen, daß die Sozialdemokratie der gemeinsame Feind ist, den sie alle bekämpfen, Neuwahlen an? Was haben diese mit der Politik zu tun? Diese Frage erscheint berechtigt, und wir sind die Letzten, die Fragen tragen, die Gewerkschaften in Parteikämpfe zu verwickeln. Gewerkschaften sind keine politischen Wahlvereine; sie können weder wählen machen, noch Kandidaten aufstellen. Aber als Subjekt, sondern als Objekt der Politik haben sie ein sehr erhebliches Interesse an dem Wahlausfall, der zugleich die ihre ganze Zukunft entscheidet. Die Regierung selbst hat mit Gewerkschaften die Politik auf, indem sie diese fortwährend in die Politik hineinzieht, durch Ausschließen und Anti-Gewerkschaftsgesetz bedroht, sie halb kriminalrechtlich, halb zivilrechtlich vertritt. Was bleibt den Gewerkschaften übrig, als aus der Not

eine Tugend zu machen, Politik zu treiben, um sich zu wehren? Die Arbeiterbewegung gegen das Verfassungsgesetz war ein Stück Notwehrpolitik.

Und ist diese Gefahr jetzt etwa völlig beseitigt? Keineswegs! Dem neuen Reichstag wird ebenfalls ein solcher Entwurf gehen, vielleicht derselbe, vielleicht ein ähnlicher, etwas milder, etwas wilder, je nachdem es die Zusammenfassung des Reichstages geboten erscheinen läßt. Es wäre pflichtvergessen, wollten die Gewerkschaften in solcher Situation untätig zusehen, wie der Reichstag, der über ihr ferneres Schicksal entscheiden soll, unter dem Jura der Kolonialpolitik gewählt wird. Können sie auch nicht Wahltagitation treiben, so haben sie doch die Wähler, vor allem die Arbeiterwähler darüber aufzuklären, was bei dieser Wahl auf dem Spiele steht. Nicht in Südafrika wird der große Kulturkampf ausgekämpft, sondern hier im Vaterlande auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik!

Und lautet nicht hinter dem Anti-Gewerkschaftsgesetz eine ganze arbeitserfreundliche Gesetzgebung? Erst wenn die Reichstagslage der Gewerkschaften klargestellt ist, will die Regierung an die Schaffung von Arbeitskammern herangehen? Was heißt das anders, als diese Arbeitervertretungen den „anerkannten“ Berufsvereinen vorbehalten, Vereinen, die für die Verbesserung der Klassenlage der Arbeiter völlig bedeutungslos geworden sind? Und weist die Verbindung dieser Arbeitskammern mit den Gewerbegerichten nicht deutlich genug auf einen geplanten Eingriff in das direkte und geheime Wahlrecht dieser Institutionen zugunsten eines privilegierten korporativen Wahlrechtes hin? Auch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sind ähnliche Wahlrechtsgesetze mehrfach aufgetaucht. Ohne Verzicht sei eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung nicht zu erreichen, erklärte Graf v. Posadowski im Reichstage, und die Hilfskassenvorlage der Regierung, die durch die Reichstagsauflösung ebenfalls vorläufig beseitigt, aber keineswegs endgültig vernichtet ist, war nahe daran, den einzigen völlig selbstverwalteten Klassen der Arbeiterchaft den Garau zu machen. Lohnlegung der freien Arbeiterbewegung auf allen Gebieten — Privilegierung der Arbeitwilligenvereine, das ist das unverrückbare Ziel der Regierung. Auf dieser Basis wird sie sich bereit auch freudig zur Einführung der Arbeitslosenversicherung entscheiden, als Prämie für „anerkannte“ Gewerkschaften. Und die gesetzliche Regelung der Tarifverträge“ bietet dann ebenfalls keine Schwierigkeiten mehr, zumal die Haftpflicht der eingetragenen Vereine bereits die Richtung anzeigt, in der sich diese Regelung bewegen dürfte. Eine Zwangsjahrsgerichtssetzung, die das Streiken überhaupt verbietet, wäre der würdige Abschluß dieses sozialpolitischen Programms.

Wir sind darauf gefaßt, daß man dieses Programm als müßige Kombination, als Phantasiegebilde bezeichnen wird. Aber alle die hier angeordneten Gesetzesfragen sind seit Jahren bereits im Reichstag, in der Tagespresse und in den Organen der Internehmer edert worden. Und berechtigt uns das Verhalten der Reichsregierung auch nur zu dem geringsten Vertrauen? Nach dem Ausfall der Verfassungsvorlage grenzte dies an Wahnsinn oder Arbeiterverrat! Gegen ihn nur eine scharfe und konsequente Abwehr und der Appell an das Volk selbst, zu welchem gerade der Wahlkampf die günstigste Gelegenheit bietet. Die Regierung hat sich den Dank der Gewerkschaften verdient, daß sie das Volk vor solcher Entscheidung stellt. Wir danken ihr, indem wir Männer in den Reichstag senden, die die Gewerkschaften gegen jede Verdrängung ihrer Interessen verteidigen und in erster Linie für die absolute Sicherstellung des Koalitionsrechtes aller Arbeiterkategorien eintreten. Ohne Koalitionsrecht ist die gesetzliche Regelung der Reichstagslage der Gewerkschaften nur eine Nebelungsgesetzgebung. Ein Gewerkschaftsrecht muß auf der Basis eines gesetzlich gesicherten Koalitionsrechtes aufgebaut sein, das die Waffe der Arbeitseinstellung jedem Arbeiter anvertraut. Starke Arbeiterorganisationen sind ein besserer Schutz des gewerblichen Friedens, als alle gesetzlichen Streikverbote und Strafbestimmungen; sie beschränken die Ausübung auf solche Fälle, in denen das Unternehmertum den Arbeitern die Anerkennung der Gleichberechtigung verweigert. Die Staatsarbeiter, die Gemeinbedarfer, die Seclente und Landarbeiter bedürfen des Koalitionsrechtes, nicht um zu streiken, sondern um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, friedlich, solange dies irgend möglich ist, — und nur im äußersten Notfalle durch Arbeitseinstellung.

Aber nicht bloß das Recht der Koalition haben die Gewerkschaften gegen die Gesetzgebung zu verteidigen, sondern auch die Erfolge ihrer Lohnkämpfe und friedlichen Lohnbewegungen, die durch die volksfeindliche Zoll-, Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung völlig in Frage gestellt worden sind. Der Brot- und Fleischwucher der herrschenden Klassen belastet den Arbeiterhaushalt ganz enorm, und der Bodenwucher preßt dem Arbeiter noch ein Mehreres von seinem Lohne ab. Die Regierung blieb allen Witten gegenüber, die Grenzen für ausländisches Vieh zu öffnen, laub; nur fremde Arbeitskräfte dürfen massenhaft herein und sich mit den deutschen Arbeitern in der Arbeitslosigkeit teilen. Den Bestrebungen der Gewerkschaften aber, die Folgen der Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen durch Lohnbewegungen auf das Unternehmertum abzuwälzen, begegnet die Regierung durch ein — Anti-Gewerkschaftsgesetz.

Also schon der bloße Selbsterhaltungstrieb zwingt die Gewerkschaften, den kommenden Reichstagswahlen das regste Interesse entgegenzubringen. Aber schließlich erschöpft sich dieses Interesse doch nicht in der Abwehr von Gefahren, sondern unsere Organisationen als die in der weitesten Offenheit anerkannten wirtschaftlichen und beruflichen Arbeitervertretungen müssen auch an den Schutz der Gesetzgebung appellieren. Die Regierung hat dieses berechtigende Interesse bereits mehrfach anerkannt durch Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern bei der Vorbereitung von Arbeiterschutzgesetzen. Die Propaganda des Arbeiterhauses kann sich aber nicht lediglich auf Resolutionen und Petitionen beschränken, sondern sie muß sich auch an die übrigen gesetzgebenden Faktoren wenden, von denen die Gestaltung des Arbeiterschutzes abhängig ist, an den Reichstag und dessen Parteien. Und die Gewerkschaften haben keine Ursache, zu verhehlen, daß ihnen der vorhandene Arbeiterschutz durchaus nicht genügt. Sie fordern einen wirksamen Schutz der Arbeitskraft vor übermäßiger und gesundheitsgefährlicher Ausbeutung, nicht bloß der Kinder, sondern auch der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar aller Kategorien. Uns fehlt der Raum, alle Läden des deutschen Arbeiterschutzes auch nur erwähnend zu berühren; es genügt der Hinweis, daß die Arbeiter der Kleinbetriebe, der Hausindustrie und die Landarbeiter und Dienstboten des geschlechtlichen Schutzes ihrer Arbeitskraft fast völlig entbehren. Dazu ist das Koalitionsrecht der Arbeiter völlig der Willkür der Unternehmer, Behörden und Gerichte preisgegeben. Den Tarifverträgen der Arbeiter, die von der bürgerlichen Wissenschaft als die schönsten Errungenschaften der aufstrebenden Arbeiterorganisationen gefeiert werden, fehlt die rechtliche Sicherung und ein großer Bestandteil der Arbeiterschaft ist noch immer ohne ausreichenden Schutz gegenüber den verheerenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit. Auf allen Gebieten bedarf die Arbeiterklasse sonach eines nachhaltigen Arbeiterschutzes, und nur wäre mehr zu rufen, dafür zu wirken, als die Gewerkschaften, die am meisten gegen die nachteiligen Folgen der Schutzlosigkeit der Arbeiter anzukämpfen haben. Wieder aber hängt jeder Fortschritt des Arbeiterschutzes von der künftigen Zusammensetzung des Reichstages ab, die danach den Gewerkschaften nicht gleichgültig bleiben kann.

Nun werden die Gewerkschaften sich deshalb keineswegs der Wahlen bemächtigen, eigene Kandidaten aufstellen oder ihre Mitglieder auf ein politisches Programm binden verpflichten. Das überlassen sie besser den Parteien, die sich dauernd mit der Politik befassen. Aber ihre Pflicht ist es, zu prüfen, welche

Partei für die Vertretung von Gewerkschaftsinteressen die überste Gewähr bietet, und dahin zu wirken, daß sich der politische Einfluß der in ihren Organisationen zusammengeschlossenen Arbeitermassen, die mehr als eine Million Wähler stellen, nicht verflüchtigt. Gerade im gegenwärtigen Wahlkampf, der die Entscheidung über die Reichstagskomposition der Gewerkschaften bringt, muß eine solche Zersplitterung möglichst ausgeschlossen bleiben. Mehr noch als im wirtschaftlichen Kampfe bedeutet im politischen Kampfe Konzentration allein Macht und Erfolg! Doch hier jedes Auseinanderlaufen der Arbeitermassen doppelt verhängnisvoll wirken müßte, wird der leicht begreifbar, der den tiefen Unterschied zwischen sozialpolitischen Versprechungen und sozialpolitischen Taten der meisten Reichstagsparteien kritisch ins Auge faßt. Welche Partei strahle nicht vor den Wahlen im hellsten Glanze der Arbeiterfreundschaft. Im Verleihen des Mandats aber wurden die Interessen des arbeitenden Volkes schände mit Füßen getreten, keine Lebenshaltung maßlos verteuert, keine Rechte mißachtet. So haben Zentrum und freisinnige Volkspartei trotz der ihnen nahestehenden Gewerkschaften, denen sie freilich recht zweifelnde Zeugnise sind, an der Wahlrechtspolitik der Regierung mitgearbeitet und das Koalitionsrecht der Eisenbahner bezu. Elektrizitätswirtschaftler preisgegeben; selbst vor der Änderung der die Minorität des Reichstages zählenden Geschäftsordnung schreckten diese Parteien nicht zurück. Daß ein Gewerkschaftsmann diesen Parteien seine Stimme nicht geben kann, selbst wenn sie, der Not gehorchend, mit sogenannten „Arbeiterkandidaturen“ aufwarten, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Die übrigen bürgerlichen Parteien kommen für die Vertretung von Gewerkschaftsinteressen nicht weniger in Betracht und so bleibt lediglich die Sozialdemokratie als die eigentliche Arbeiterpartei übrig, auf deren Schutz die Gewerkschaften unter allen Umständen rechnen können. Das müssen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern und muß die Gewerkschaftspropaganda ihren Vertretern unzweifelhaft erklären, wenn sie diese nicht völlig ratlos den Niederlegungen aller Parteien überlassen will.

Genau liegt es den Gewerkschaften fern, ihren Mitgliedern den Stimmzettel in die Hand zu drücken. Das ist auch nicht nötig, da die organisierte Arbeiterchaft, die für ihre Gewerkschaften keine Opfer und Mühen scheut, auch einen guten Rat wohl zu beachten weiß, der getragen ist von dem Verantwortlichkeitsgefühl, daß bei diesem Wahlkampfe das Schicksal der Gewerkschaften auf dem Spiele steht.

Nicht minder müssen die Gewerkschaften ihre Mitglieder dringend daran erinnern, daß die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels nicht ausreicht, um den politischen Willen der Arbeiterchaft auf den Erfolg zu verbriefen. Ohne Organisation keine Macht! Deshalb müssen die Gewerkschaftsmitglieder auch den sozialdemokratischen Wahlvereinen beitreten und alle Arbeits- und Hausgenossen zu ihnen heranziehen. Ständen heute den zwei Millionen Gewerkschaften zwei Millionen politisch-organisierter Arbeiter zur Seite, dann sehe es besser mit der Machtstellung der Sozialdemokratie und auch besser mit den politischen Volkserchten in Staat und Gemeinde aus.

Der gegenwärtige Wahlkampf wird der Einigung von Partei und Gewerkschaften in Mannheim die Forderung geben. Schon sehen wir die Gegner heranrücken mit Ausgrabungen und Mitteln aus der inneren Auseinandersetzung, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie der schlimmste Feind der Gewerkschaften sei. Wir werden diese „Gewerkschaftsfeinde“ auf die Taten der Sozialdemokratie verweisen, die das Vertrauen der Gewerkschaften noch nie getrübt haben, und die Taten der übrigen Parteien gebührend beleuchten. Wenn jemals, so ist gerade jetzt ein inniges Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie ein Bedürfnis der Gewerkschaften selbst. Wäre der Friede in Mannheim nicht perfekt geworden, so hätte das Anti-Gewerkschaftsgesetz der Regierung die beiden Richtungen der Arbeiterbewegung zusammengeschweißt. Nun sind sie doppelt einig, aus dem inneren Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit und durch die Angriffe der Reaktion vereint, und einig werden sie in den Kampf gehen und gemeinsam den Gegnern die Stirn bieten. Und ihren vereinten Kräften wird es gelingen, wie weilsan gegenüber der Zuchthausvorlage, so auch diesmal den Anschlag der Reaktion erfolgreich zurückzuweisen.

Der Wahlkampf und die Frauen.

Von Lily Braun.

Die brausenden Akkorde der Weihnachtslieder verhallen — die Kriegesfanfaren des Wahlkampfes überklingen sie. Sind es nur die Männer, die gerufen werden? Die deutschen Frauen müssen im Kampf ums Dasein ihre Kräfte aufreiben, so gut wie der Mann; wenn sie die Gesetze des Staates übertreten, werden sie gestraft wie der Mann; von der Gestaltung dieser Gesetze hängt ein gut Teil ihrer Lebensgestaltung ab, durch die Einrichtungen der Gesellschaft wird ihre Existenz bedingt, genau so wie die des Mannes. Aber ein Recht, direkten Einfluß zu üben auf das, wovon ihr Wohl und Wehe abhängt — das haben sie nicht!

Schwerer als auf des Mannes Schultern lastet auf ihnen die Not des Lebens. Mit tieferer Bitterkeit als er empfinden sie, wie es täglich schwerer wird, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, denn der Anblick der schmalen, blassen Gesichter ihrer Kinder durchbohrt ihr Herz wie mit dem Schwert der schmerzhaften Mutter Maria.

Qualvoller als der Mann empfinden sie den Hüllenzirkel des Lebens der Armen: Arbeiten, um zu leben, und leben, um zu arbeiten. Denn die Organisation der Arbeit nimmt nur eine schwächliche Rücksicht auf ihr Geschlecht: Arbeiten müssen sie, wenn der zarte, junge Mädchenkörper der Schonung bedarf, arbeiten müssen sie, bis zur Erschöpfung, wenn der mütterliche Leib nach Pflege verlangt; arbeiten müssen sie, wenn der Säugling nach der naturgewollten Nahrung schreit. Und wenn der Mann ausruhen darf vom Tagewerk, oder seinen geistigen Hunger befriedigen, seinen politischen Horizont zu verbreitern, seinen Bürgerpflichten nachzukommen vermag, dann muß die Frau noch am Kochherd, hinter dem Waschfaß stehen, oder gebeugt über dem Flickfaß sitzen, ihre Hausfrauenpflichten erfüllend.

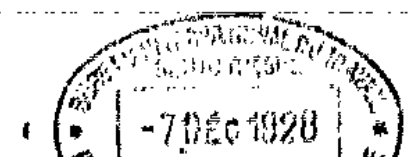
Aber ein Recht, mit dem Wahlzettel in der Hand an der Veränderung dieser Zustände mitzuarbeiten — das haben sie nicht! Und wenn sie arbeiten von früh bis spät und sich eilig und stolz selbst erhalten wollen, ihr Lohn erreicht fast nie die Höhe des männlichen Verdienstes. Trotzdem müssen sie, deren Geschlecht die Dichter das zarte, leicht verletzliche nennen, allein für die Familie sorgen, wenn Trunksucht oder Arbeitslosigkeit den Mann erwerbslos machen. Unmäßig gestatte ihnen der Staat darum wohl, als Ergänzung der Hungerlöhne, ihren Leib zu verkaufen, ihre Arbeitskraft. Aber es verteuert ihnen den offenen Kampf für die Befreiung ihres Geschlechtes aus Not und Schande!

In den Wägen Südafrikas bleichen die Gebeine von mancher deutschen Mutter Sohn; und wie vielen, die heimkehrten, ist Körper und Seele zerstört. Auf den Schlachtfeldern der Arbeit weinen Hunderttausende zärtlicher Mütter um ihre Söhne und Töchter. Angefächelt der selbstbüchsten Daseinsqualen sehen sie gitternd der Zukunft ihrer Kinder entgegen. Aber der Staat, der von ihnen keine Bürger, keine Arbeiter und Soldaten empfängt, verweigert ihnen das Recht, ihre Mutterpflichten zu erfüllen!

Was soll also der Wahlkampf ihnen? Sie können doch nichts als befehle stehen und warten, wie die Frauen noch immer warteten, wenn der Krieg die Männer von ihnen riß!

So denken viele; — Männer und auch Frauen. Es ist so bequem, so zu denken; so beruhigend, alles Verantwortlichkeitsgefühl von sich abzuwälzen, nur die anderen anzuklagen und nicht sich selbst.

Aber die Stunde hat wieder einmal geschlagen, die dröhnend aus Stumpfheit und Gedankenlosigkeit erweckt. Wenn unsere Vorfahren in den Wäldern Germaniens die Kriegesfanfaren der



Männer hörten, dann griffen nicht nur die Männer zu den Waffen, auch die Frauen folgten ihnen und bildeten eine lebendige Mauer hinter ihren Schladachtreiben. Sie trugen ihnen die Waffen zu; sie riefen Verwundete und Sterbende aus dem Gewühl; ihre Mitleidenschaft fesselte die Männer zur höchsten Tapferkeit an. Wenn aber trotzdem die Reihen der Kämpfenden sich lichtet, wenn die Gefahr wächst — dann nehmen die blonden Weiber des Volks selbst Schwert und Speer zur Hand und werden zu Heldinnen, die die Sage der Verzei zu Waffentänzen verklärte!

An einer solchen Zeit aber stehen wir heute. Nicht „Grieche auf Erden“ kündete der Engel dieser Weibmacht. Er kam mit dem Klammenschwert und rief die Worte Christi, die er sagte, da er selbst im Kampfe seines Lebens stand: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“

Die Reichstagsauflösung hat das deutsche Volk vor die Frage gestellt: soll es so weiter gehen, wie bisher? Sollen Risse und Stenoren weiter aus dem Schwerte der Massen herausgepreßt werden? Sollen die Körper vorzeitig zugrunde gerichtet werden die Erde düngen, auf daß der Baum üppig gedeihe, dessen Früchte nur den Herrschenden in den Schoß fallen? Soll die Zahl der lebensunfähigen Kinder, die heute dahin sterben, wie die Feldblumen im Herbst, weiter zunehmen? Soll das arbeitende Volk um sein Recht auf Ruhe, auf Bildung, auf Glück weiter betrogen werden? — Und — vor allem! — sollen diesem Volk noch mehr als bisher Hände, Füße und Zunge gefesselt werden, damit es nicht selbstständig handeln, vorwärtsfahren, und seine Wünsche, seinen Willen nicht laut werden lassen kann? Soll die Selbstherrlichkeit des Parlamentarismus, die ihren Thron auf Toten und Stummen erbaut, die Zukunft Deutschlands sein?

Wird es ein Weib, das von sich sagen dürfte, daß diese Fragen sie nichts angehen? Ihr Gefühl und ihr Geschlecht appellieren zu gleicher Zeit an ihre Tatkraft! Ihr Gefühl, das für Leidende, Tardende und Unterdrückte eine laute Sprache spricht, das sich noch immer hinwegsetzte über kleinlich-ängstliche Verstandesgründe der Männer, und des rechten Weges sich stets bewußt war; ihr Geschlecht, das die Macht der Mutterliebe zur Triebfeder menschlich-bescheidener Kräfte zu machen vermag. Aber setzt das Geschlecht ihrem Wirken nicht enge Schranken?! Wenn der Wille stark ist, vermag sie ihrer zu spotten!

Wohl darf sie nicht selbst den Vertreter ihrer Interessen in den Reichstag wählen. Aber sie kann ihren Arbeitskollegen, ihren Weibern, ihren Freunden, ihren Geliebten, ihren Gatten, ihren Sohn mit dem Feuer ihres Willens, ihres Glaubens und Hoffens erfüllen. So werden statt der einen, die nicht wählen darf, ihrer viele als ihre Vertreter, an die Wahlurne treten. Wohl kann sie sich nicht wählen lassen, aber sie kann die Wahl desjenigen Kandidaten beeinflussen, der ihre Interessen und die ihrer Kinder vertritt. Viele Wege stehen ihr dafür offen: neben der Agitation von Mund zu Mund, bei Nachbarn und Freunden, kann sie redend und schreibend, Flugblätter ausstehend, Säumige sammelnd zu wirken suchen. Wer aber wird es sein, für den sie wirkt? Wird die unansehnliche, von Gefühlen wesentlich beherrschte Frau nicht das Opfer jedes Schändlers werden? Wir glauben es nicht. England und Amerika und Australien, wo die politische Tätigkeit der Frau eine weitverbreitete ist, beweisen, daß gerade ihr Gefühl sie zu bewußten Kämpferinnen radikalsten Fortschritts zu machen pflegt; und die Geschichte lehrt, daß wo Frauen in die Arena des öffentlichen Kampfes traten, es fast immer die Freiheit war, für die sie kämpften bis zum Kreuze, bis zum Schafott. Die Massen der Arbeiterinnen, die die Lehre vom Massenkampf und seinen zerstörenden Wirkungen vom Schulmeister Leben eingehäut bekommen, ehe sie in Wüchern und Zeitungen Erkenntnis zu schöpfen vermochten, werde der Sozialdemokratie nicht nur Personliche Feinde, sondern ihre Fahnenträger sein. Und wo wirklich hier und da Frauen des Bürgerturns in den Kampf treten, da wird es wesentlich eine Parole sein, die sie dazu treibt: „Wider die Reaktion, die Friesen und Wohlhaberei bedroht, die das Volk aushungern und entziehen will!“

Ein Weihnachtsgeschenk der Regierung an das Volk war die Reichstagsauflösung; ein wahrhaft kaiserliches Geburtstagsgeschenk der Volks an die Regierung sollen die Wahlen vom 25. Januar sein: die Erhebung der Souveränität durch das Volk für das Volk. Darauf beruht die Zukunft Deutschlands, seine Prosperität, seine Einheit im Innern und nach außen. Die Frauen, die dafür kämpfen, haben auch für ihr Geschlecht gekämpft, das nur dann der alten Bürgerrechte teilhaftig werden wird, wenn das Volk selbst sie zu vergeblich hat. Die Frauen aber, die unlästig abseits stehen, oder die gar, widernatürlich, auf der Seite derer zu finden sind, die an der Not des Volkes die Schuld tragen, beseitigen ihr Geschlecht in dem Höchsten und Tiefsten, das in ihm wohnt: in seiner Mutterliebe. — („Neue Gesellschaft“, Nr. 13.)

Die Mehrstuhfrage.

Die Frage des Mehrstuhlsystems beschäftigt auch unsere Kollegen in Frankreich. Der „Cuvrier Textile“ schreibt dazu:

„Eine delikate, komplizierte Frage, die nur schwer zu lösen ist, stellt sich wie eine Sphinx in einer der wichtigsten Kategorien der Textilindustrie, in der Weberei, auf: das ist die Leistung von zwei Maschinen durch einen einzigen Mann. Diese Frage tut uns nicht bloß, sagen wir es, für den größten Teil der mechanischen Weberei und Baumwollweberei auf. Am Oberrhein, in Pericourt, in Grandvillars, mit einem Wort in dem ganzen Gebiet von Velfort und in gewissen Orten der Vogesen sieht man 2, 4, 6, 8 und 10 Webstühle von einem einzigen Weber bedient, und in Malonnay, bei der Firma Dufour, kann man 40 Weber und 20 Jungen, die die Magazine mit Einschlag versehen, 400 Northropstühle bedienen sehen.“

Für sie könnte die Frage als ohne Interesse erscheinen, gegenwärtig wenigstens, weil sie es mit einer vollendeten Tatsache zu tun haben, sie hat aber ein sehr großes Interesse für eine Anzahl anderer Textilzentren, sie zeigt einen Charakter der Beunruhigung.

Die Weber, welche in Gallun den Artikel „coutil“ weben, die, welche in Laval „lacet“ weben, einen Artikel für baumwollene Hosen, und Weber, die anderwärts den Artikel „robe“ in mergertierter Baumwolle, gemischt mit Wolle oder Seide, herstellen, sind an der Frage interessiert. Auch die, welche in Sedan und in den ganzen Ardennen Tuche, Damaste und Gebotie weben, desgleichen solche, die, wie in Lavalant, Araque, Mazamet usw., grobe geraute Tuche fertigen, endlich diejenigen in den Leinwandzentren, wie Lille, Armentières, Compiègne, Gagebrou, Gorgue-Étaires und in dem ganzen Gebiete des Norddepartements, das man das Nostal nennt, nicht zu vergessen unsere Kollegen in Lillebonne, die nur baumwollene Waren herstellen. Alle diese lehnen sich auf, wehren sich gegen die unaufhörlich erneuerten Versuche der Unternehmer, einem Arbeiter zwei Stühle zur Bedienung zu überweisen.

Wenn wir uns die Seidenweber des Südens vor Augen führen, die, in Bizille, Voiron und Lyon am mechanischen Stuhl arbeitend, gekämpft haben, um nicht gezwungen zu werden — namentlich ihre Frauen oder ihre Töchter — zwei Stühle zu leiten, eine anstrengende Arbeit, die eine große Zahl unglücklicher Arbeiterinnen vorzeitig dem Grabe zuführt, so können wir zugeben, daß die Frage eine Hauptfrage für das Land ist.

Was auch der Gesichtspunkt sei, unter welchem die Unternehmer die Frage den französischen Arbeitern vorlegen, sie scheint unannehmbar, unlösbar, und zwar aus diesen Gründen: Für die einen eignet sich nicht das Rohmaterial, auch nicht die Werkzeuge, für die anderen ergibt sich eine physische Ueberanstrengung, welche die Gesundheit der Arbeiter ruiniert, die ihr unterworfen sind, wie in Lyon und in Lyon die Seidenweber. Die zahlreichen Kämpfe, die im Laufe der verschiedenen Streiks im Südosten geführt wurden, beweisen das in Lille. In Perriers (Belgien) wurde die

Aussperrung von den Unternehmern durch ihre Mankunen gegen die Arbeiter diktiert, die niemals eingewilligt haben, zwei Stühle zu bedienen, ungeachtet der immer wieder gemachten Versuche.

Ein Arzt, M. Charbonnier, hat eine Enquete über die Frage des Zweifels vom pathologischen Gesichtspunkt aus angestellt. Er hat das Ergebnis seines langen und genauen Studiums, an zahlreichen Tucheibern, welche zwei Stühle führen, ausgeübt, an das Arbeitsministerium Belgiens gerichtet, und er schließt, indem er von den öffentlichen Gewalten des Landes die Unterjagung der Arbeit auf zwei Stühlen fordert, welche die Drehkrankheit fördert und verbreitet.

Von einem anderen Gesichtspunkte fürchten die Arbeiter, daß sie mehr als zwei Stühle würden bedienen müssen, denn sie sagen mit Recht, je mehr Stühle über eine gewisse Norm sie annehmen würden, um so mehr würden sie die Zahl der Arme beschränken, welche tätig wären und um so mehr würden sich die auf dem Arbeitsmarkt anbietenden Arme vermehren, deren sich die Kapitalisten bemächtigen würden, die in Tätigkeit befindlichen Arbeiter niederkonturrieren, wodurch die Freiheit und die Würde der Arbeiter unterdrückt würde, wodurch um so leichter allgemeine Lohnreduktionen durchgeführt werden könnten, weil die Unternehmer die Hungerlöhner von gestern und vorgeestern denjenigen entgegenstellen könnten, die mehr privilegiert, schon in die Fabrik eingestellt wären.

Ein anderer Grund für die französischen Arbeiter, sich zu weigern, drei oder vier Stühle, ja sechs, acht und zehn zu bedienen, ist, daß die Unternehmer allein von dem Nutzen dieses Systems profitieren wollen. In Pericourt verdienen die Arbeiter, welche sechs bis acht Stühle bedienen, nicht mehr als 46 Frcs. in 14 Tagen, kaum mehr als die Baumwoll- und Wollweber auf zwei Stühlen im Norden Frankreichs; in Malonnay, wo sie 10 Northropstühle führen, verdienen sie nur 49 Frcs. in 14 Tagen, bei 8 Stühlen 40 bis 45 Frcs., bei 6 Stühlen 30—42 Frcs.

Aus dem Bericht, den die Unternehmerkommission der Textilindustrie an die parlamentarische Untersuchungskommission gerichtet haben, ist zu ersehen, daß die englischen Weber vier Stühle bedienen, wobei sie 31 Frcs. und darüber verdienen. Allein, was der Bericht verschweigt — und nicht ohne Grund — das ist, daß dieser Lohn in einer Arbeitswoche von 54—56 Stunden erzielt wird. Man sieht auch, daß die amerikanischen Weber, die gewöhnlich acht Stühle bedienen, wöchentlich Löhne von 62 Frcs. 50 Centimes erzielen.

Wir wissen auch, daß die französischen Unternehmer argumentieren, daß, wenn der englische, amerikanische oder australische Arbeiter nur acht oder neun Stunden arbeitet und sein Lohn höher ist als der des französischen Arbeiters, welcher zehn und elf Stunden arbeitet, dies der Fall ist, weil sie in den acht oder neun Stunden mehr produzieren als dieser in zehn oder elf Stunden.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß auch in einigen französischen Gegenden die Weber vier, sechs, acht und zehn Stühle bedienen und daß ihre Produktivität der jener kaum nachstehen dürfte. Die französischen Industriellen rechnen nur immer noch darauf, daß die Organisation ihrer Arbeiter noch zu ungenügend sei, um bei Bedienung von mehr Stühlen als bisher auch höhere Löhne zu erzwingen; sie können in ihrer Berechnung aber sehr leicht geirrt werden. Man wisse zwar, daß die englischen und amerikanischen Textilarbeiter, wie auch die australischen, sich durch ihre Organisationen ein würdigeres Existenzminimum erungen haben, was die französischen Arbeiter leider noch vermissen. Doch die französischen Arbeiter würden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Energie gegen die Zumutung, mehr Stühle als bisher zu bedienen, ankämpfen, wenigstens überall da, wo ihre Gesundheit durch Bedienung von mehr Stühlen leiden würde und wo auch Material und maschinelle Arbeitsmittel der Uebernahme von mehr Stühlen hindernd im Wege stehen. In allen Fällen würden sie der Mehrleistung entsprechend höhere Löhne fordern.

Wenn die Unternehmer auch Profolithstränen weinen und über die Entwicklung der ökonomischen Macht ihrer Rivalen auf dem Weltmarkt jammern — solange sie nicht den Arbeiterorganisationen Vorschläge machen, die mit ihren Kongreßbeschlüssen harmonisieren und solange diese Organisationen nicht gehörig respektieren, müssen sie sich auf einen heftigen Kampf gefaßt machen, wenn sie dem Arbeiter mehr Stühle zur Bedienung anweisen wollen. Der Artikel schließt bezeichnend:

„Die Zeit des „Solos“ ist vorüber, ihr Herren, und das „Duell“ beginnt.“

Damit soll gesagt sein, daß die Fabrikanten allein ohne Zustimmung der Arbeiterorganisationen keine Betriebsneuerungen mehr einführen können.

Die Einheitlichkeit der Arbeiterversicherung.

I.

Zu den Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen gehört vornehmlich auch diejenige, die Sozialpolitik zu beobachten, und da, wo es das Interesse der Arbeiterchaft erfordert, in ihr Getriebe einzugreifen. Das ist ungenügend häufig, ja alltäglich notwendig, und es ist deshalb auch selbstverständlich, daß die organisierten Arbeiter, namentlich in den größeren Industriezentren auf das lebhafteste bemüht sind, soweit die Einrichtung der einzelnen Gewerke dies zuläßt, bei ihrer Ausführung mitzuwirken. Durch die Befragung der leitenden Stellen in den verschiedenen Zweigen der in Frage kommenden Versicherungen ist es ihnen möglich, ihren Einfluß nach Maßgabe ihrer Kenntnisse und Charaktereigenschaften zur Geltung zu bringen. Den zur praktischen Mitarbeit berufenen Arbeitern wird auch hier oft genug vor Augen geführt, daß der Buchstabe des Gesetzes tödtet, der Geist aber lebendig macht, und sie haben auch darum am reichlichsten Gelegenheit gehabt, die vielen Mängel, die den Versicherungen gesehen anhaften, kennen zu lernen.

Unter den sozialpolitischen Gesetzen verstehen wir zumeist die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invaliden- und Altersversicherung. Die Sozialpolitik des Deutschen Reiches wurde durch eine kaiserliche Botenschaft im Jahre 1881 eingeführt. Steptiker behaupten, daß in der Botenschaft Versprochen sei bis auf den heutigen Tag nicht in Erfüllung gegangen, obgleich dieselbe vor kurzem ihr 25jähriges Jubiläum feiern konnte. Wir neueren Menschen haben aber gar kein Verständnis mehr für den Zweck, der sich damals mit der Einführung der Sozialgesetze verband. Die Entwicklung schreitet so schnell vorwärts, daß wir die bestehenden Einrichtungen für das Selbstverständliche von der Welt halten, und wenn wir nicht aus der Geschichte wüßten, daß gerade jetzt um dieselbe Zeit das Ausnahmegericht gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie seine düstlichsten Blüten entfalte, dann würden wir die läbliche Absicht, die sich beispielsweise mit der Einführung der Krankenversicherung verband, kaum erraten können. Unsere jüngeren Genossen werden sich gewiß dafür interessieren, daß man in Regierungskreisen allen Ernstes glaubte, der Sozialdemokratie das Wasser abzugeben zu können, denn in der Begründung heißt es nämlich: „daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausbreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.“ Heutzutage ist infolge der andauernden Kritik der Arbeitervertreter nicht nur in den Kreisen der selbständigen Sozialpolitiker, sondern auch in denen der Regierungen das Bewußtsein der Unvollkommenheit der Einrichtung der drei Gewerke und der Gebante einer Einheitlichkeit derselben durch Verschmelzung ziemlich allgemein. Die Verschleierartigkeit des Aufbaues der Gesetze ist enorm und könnte man fast versucht sein, sich zu wundern, daß man im Lande der Dichter und Dichter nicht schon längst auf die Idee gekommen ist, hier Remedur zu schaffen. Aber selbst bei der Krankenversicherung allein, die seit 1883 besteht

und inzwischen nicht weniger als fünfmal einer Aenderung unterworfen ward, ist die alte Zerplitterung bestehen geblieben. Bei Einführung der Krankenversicherungspflicht hätte man leicht die vollständige „Gemeindekrankenversicherung“ und auch die „Freien Hilfskassen“ verschwinden lassen können. Die Gründe, die das nicht geschehen ließen, lagen aber keineswegs ausschließlich bei der Regierung und den Behörden, sondern mehr in der eigenartigen Formation dieser alten Kassen. Es ist wohl bekannt, daß namhafte Führer der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages es waren, die sich entschieden gegen die Verdrängung der „Freien Hilfskassen“ wehrten und die in früheren Jahren ständig die Lösung ausgaben: „Gemein in die Freien Hilfskassen und weg von den Ortskassen.“ Diese Stellungnahme können wir sehr gut begreifen: waren es doch die intelligentesten, in den vorbersten Reihen der Bewegung stehenden Arbeiter, die an der Gründung, sowie später an der Leitung der durchaus lebensfähigen und gut florierenden „Freien Hilfskassen“ beteiligt waren. In der jüngsten Vergangenheit, vor kaum Jahresfrist, haben wir ja wiederum ein Schulbeispiel erlebt, wie von oben herab unter dem Schwantel der Bekämpfung der zahlreichen Schwindelunternehmungen, die durchgängig ein hochpatriotisches oder Wohlfahrtsgewand zur Schau trugen und auch heute noch ebenso ungehört weiter tragen, den soliden, nur von Arbeitern verwalteten „Freien Hilfskassen“ der Garaus gemacht werden sollte; also gerade den Kassen, die mit der peinlichsten Genauigkeit ihren statutarischen Verpflichtungen nachgekommen sind, bei denen aber der mit Kontinuität gemehrte ausgediente „Stellvertreter Gottes“ „niemand seggen“ hat. Wie ein Mann erhob sich die moderne Arbeiterchaft wider dieses unerhörte Attentat, und selbst die eragierlichsten Zentralisten des Krankenversicherungswesens traten mit auf den Kampfplatz, worauf die so herzlich ausgearbeitete Regierungsnovelle unter den ihr applizierten Neulenschlägen der Arbeitervertreter des Reichstages in der üblichen Versenkung verschwand. Gegen aufgeleitete freie Hilfskassen an sich würde also kein vernünftiger Mensch etwas einzusetzen haben, wenn nicht ein anderer Zustand die Zweckmäßigkeit der Vereinigung sämtlicher Ortskassen im Interesse der fortgeschrittenen Arbeiterchaft dringend erwiese. Die Teilnahme der Arbeiter an der Ausfüßung der Sozialgesetze und an deren Weiterentwicklung ist zahlreichen Beschränkungen unterworfen, für die Mitglieder der „Freien Hilfskassen“ aber vollständig ausgeschlossen. Die Wahlen zu den sozialpolitischen Instituten, insbesondere zu den Verwaltungsämtern, zum Schiedsgericht, zum Reichsversicherungsamt usw. werden durch Mitglieder der Ortskrankenfälle vorgenommen. Hierbei haben die „Freien Hilfskassen“ keinerlei Funktion auszuüben, und da sie meistens von einer Zentralstelle aus über das ganze Land geleitet werden, können sie auch keinen Einfluß an einem bestimmten Orte ausüben. Die Gemeindekrankenversicherung, eigentlich keine Krankenversicherung, sondern eine reine kommunale Verwaltungsanordnung, steht mit ihrer Leistungsfähigkeit an unterster Stelle. Im eigentlichen Bereich ist unsere Genossen, die aus einer Stadt mit hochentwickeltem Ortskrankenversicherungswesen, bei welchem sie nicht nur mitzuraten, sondern auch „mitzutaten“ hatten, nach einem Ort verschlagen werden, wo sie weiter nichts als Beiträge zu zahlen und in allem übrigen das Maul zu halten haben. Alle Versuche aber, dieses längst überholte System einer Krankenversicherung zu beseitigen und durch eine der Fortschritten der Zeit entsprechende Einrichtung zu ersetzen, sind bisher gescheitert. Nach einem alten Sprichwort dauert es ja in Deutschland ein halbes Jahrhundert, um eine Dummeit einzuführen und dann noch mal dieselbe Zeit, sie abzustellen. Also hoffen wir!

Wie weit wir aber noch von einer solchen Einheit entfernt sind, dürfte die geradezu unverständliche Rechnungsträgerart beweisen, die einzelnen Gesellschaftsgruppen, sobald sie sich mit dem bed uns so beliebten Rahme der Reaktion belledern, entgegengebracht wird. Welche Veranlassung lag z. B. im Jahre 1897 vor, um eine neue Zerplitterung herbeizuführen? Durch die Herüberung der Zwangsbemessungen entstanden besondere Innungsschiedsgerichte und nebenbei auch neue Innungskrankenkassen. Und das alles, um diesen rüstständigen Gebliden neue erweiterte Privilegien einzuräumen, um ihren wirtschaftlichen Charakter ein wenig aufzufriszen. Die Scherereien, die die Innungsschiedsgerichte den Arbeitern verursachen können, bestehen darin, daß diese der geringfügigen Streitobjekte wegen, bei denen es sich ja meist nur um Arbeitspapiere oder um einige Mark an Lohn oder Entschädigung dreht, von Pontius zu Pilatus zu laufen haben. Galt es dem angerufenen Innungsschiedsgericht nicht ein, innerhalb acht Tagen einen Termin anzuberaumen, dann hat der Bruder Arbeiter, der bei einem Kranten beschäftigt ist, das Recht, an das Gewerbegericht oder wo ein solches nicht besteht, an das ordentliche Gericht zu gehen. In der Regel wird er dieser Umstände wegen, namentlich dann, wenn es sich bloß um Geld handelt, auf die Befreiung des „Rechtsweges“ verzichten, da er durch seine Aufereien mehr an Verhältnissen einbüßen als im günstigsten Falle herausholen würde. Während die rüstständigen Gemeindekrankenversicherungen am häufigsten in Süddeutschland anzutreffen sind, ist in der Begünstigung des reaktionären Innungswesens der Bundesstaat Preußen in Deutschland usw. Im Königreich Sachsen besteht ein Ministerialerlaß, demzufolge eine Innungskrankenkasse nicht errichtet werden darf, wenn dadurch eine bestehende Ortskrankenfälle in ihrer finanziellen Fundamentierung geschädigt werden kann. Eine ähnliche behördliche Verfügung existiert auch in Preußen; der Unterschied liegt darin, daß sie hier anscheinend nicht beachtet zu werden braucht.

Eine andere ebenso beklagenswerte Erscheinung auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens sind die Betriebskassen. Jeder Unternehmer, der in einem oder mehreren Betrieben 50 oder mehr Personen, die der Versicherungspflicht unterliegen, beschäftigt, kann eine eigene Betriebskasse errichten. In die Zeit der Willkür erst recht Tor und Tür geöffnet. Eine Statutenberatung ist überflüssig; nach Anhörung der Beschäftigten oder auch bloß deren Vertreter baut der Unternehmer die Satzungen zusammen. Die Rechnungs- und Kassenführung geschieht auf seine Verantwortung, und nichts ist natürlicher, als daß der Vorsitz im Vorstand und in den Generalversammlungen auch in seinen Händen resp. in denen seiner Angestellten ist. Diejenigen Mitglieder, welche aus einer solchen Fabrik austreten und dann noch durch Selbstzahlung der Beiträge der Betriebskasse versichert bleiben, verlieren neben dem Stimmrecht auch das Recht, irgend ein Amt in der Kasse zu bekleiden. Da nun der Unternehmer der alleinige Interessent bei den Ausgaben der Betriebskasse ist, so liegt es nahe, daß ihm diejenigen Mitglieder am meisten imponieren, die eine kernige Gesundheit aufweisen; wer aus natürlichen Ursachen oder infolge der ungesunden Betriebsverhältnisse erkrankt, wird möglichst schnell abgeschrieben, und nicht selten ist es vorgekommen, daß Leute, die so unwürdig waren, bei einem oder anderen Kreuze des Unternehmers gegenüber etwas von einem Unwohlsein zu verraten, schon entlassen wurden, ehe sie sich krank gemeldet hatten.

Am augenfälligsten wird das Unterbunt im deutschen Krankenversicherungswesen illustriert durch das Vorhandensein von 23 214 verschiedenen Kassen, die sich zergliedern in sieben Arten, nämlich in die Gemeindekrankenversicherung, die Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-, Freie Hilfskassen und Knappschickskrankenversicherungen. Obgleich darunter auch große und leistungsfähige Kassen sind, erahnt sich ein Durchschnitt der Mitgliederzahl von nur 433 Personen auf die einzelne Kasse. Diese an und für sich schon winzige Zahl wird aber noch bedeutungsloser, wenn man die kleinen Schritte aber die unnütze Ueberladung nach Verufen in größeren Städten berücksichtigt. Hier sinken die Krankenkassen zu reinen Überorganismen herab. So gibt es in Schwarzwald-Mühlstadt bei rund 2000 Versicherten nicht weniger als 67 Ortskrankenversicherungen, durch also im Durchschnitt auf jedes dieser Unglücksgebilde nur

zintige hundert Mitglieder kommen. Am 31. März 1906 be-
 standen in Berlin 55 Ortskrankenkassen, 54 Betriebskrankenkassen,
 17 Nummernkrankenkassen und die Gemeindefrankenkassenver-
 sicherung. Die Mitgliedschaft dieser Klassen setzt zusammen aus 432 675
 männlichen und 237 403 weiblichen, insgesamt also aus 670 078
 Versicherten. Außer dieser der Aufsicht des Magistrats unter-
 stellten Krankenkassen existieren selbstständig noch viele andere
 Klassen in Berlin, von deren Mitgliederbestand wohl selten etwas
 Benautes an die Öffentlichkeit dringt. Über auch unter den
 übrigen gibt es solche, die durch ihre geringe Mitgliederzahl
 geradezu die Kritik an der Zerfahrenheit, an der Minderwertigkeit
 des Krankentassenwesens selbst in der Metropole der Intelligenz
 herausfordern. Daß die Berliner Gemeindefrankenkassenver-
 sicherung lange 15 männliche und 31 weibliche, also in summa totalis
 46 Mitglieder umfaßt, sei nur nebenbei erwähnt. Die elenden
 Zustände, der Mangel einer dringend erforderlichen Zentralisation
 des Krankentassenwesens offenbaren sich am deutlichsten denjenigen
 Versicherten, die das Malheur haben, einige Mal im Jahre ar-
 beitslos zu sein oder auch nur die Arbeit zu wechseln, was ja
 bekanntlich bei ungelerten Arbeitern gerade nicht selten ist. Demen-
 kann es passieren, daß sie innerhalb dieser Zeit drei oder vier
 verschiedenen Klassen zwangsweise eingereiht werden resp. ebenso
 häufig zu ein und derselben Klasse zurückkehren müssen. Bestände
 um eine Zentralisation des Krankentassenwesens, so würden diese
 unglücklichen doch vor dem jedesmaligen Verlust ihrer Rechte be-
 wahrt bleiben. Sie ergaben mühe unbedingt etwas zu tun. Aber
 selbst in den Kreisen der Arbeiterschaft, namentlich aber bei vielen
 Klassenangehörigen sieht man auf eine heftige Wegernerschaft der
 Vereinigung der Klassen, weil man durch eine solche eine Es-
 kamotierung der Selbstverwaltung, vielleicht nicht ganz mit Un-
 recht, befürchtet. Angesichts der geschichtlichen Zustände erscheint
 Sachjen, das gemeinlich als der Typus der krassesten Reaktion
 verstanden wird, als das klassische Land des denkbar modernsten
 Fortschritts, als das einzige Land, in dem die Zentralisation der
 Krankentassenversicherung durchgeführt ist. So kennt man weder in
 Dresden noch in Leipzig eine Überzeugung der Klassen nach Berufs-
 gruppen, hier ist es gleichgültig, ob man Schuhmacher, Schneider oder Weber
 ist, immer gehört man derselben Klasse an, mag man die Arbeits-
 stelle oder die berufliche Tätigkeit so oft wechseln als man will.
 Die Leipziger Zentralisation hat mehr als 150 000 Mitglieder be-
 weilt, schlagend die Ueberflüssigkeit der meisten Berliner Kranken-
 kassen. In Chemnitz bestehen zwei große Ortskrankenkassen. Die
 kleinen Zwerggebilde hindern zudem auch jeden sozialen Fort-
 schritt, weil es ihnen fast unmöglich ist, irgend welche Erhebungen
 über die Entstehung, Heilung oder Vorbeugung der häufigsten
 Erkrankungen anzustellen, wie dies von gut fundierten Klassen
 schon des öfteren geschehen konnte. Mit diesem Unvermögen paart
 sich im Bundesstaat Preußen die ehergezügte bürokratische Auf-
 schaffung der oberen Verwaltungsbehörde. Alles was über die
 reinen Unterführungen und die allernotwendigsten Verwaltungs-
 ausgaben hinausgeht, wird den Vorständen unterlagert, und doch,
 wie nötig wäre es, auf so manchem Gebiete, nicht auf dem der
 Wohlfahrt allein, etwas Verändertes zu tun. Welche Fülle von
 Arbeiten wäre im Interesse der Klassen und auch ihrer Mitglieder
 nicht allein schon bei den Seimarbeitern zu verrichten, die die
 Klassen in geradezu ungeheurer Weise belasten. Ferner wäre es
 eine Aufgabe derjenigen Klassen, die viel mit weiblichen Mitgliedern
 zu tun haben, Ermittlungen darüber anzustellen, ob es nicht
 vorteilhafter sei, vorbeugende Maßnahmen zu treffen, als die
 Frauen erst im Augenblicke der Erkrankung zu behandeln und
 dann voll auszureichern zu müssen. Die Ursachen der schweren und
 massenhaften Erkrankungen müßten erforscht werden, die Klassen
 müßten der Volkswohlfahrt wegen das Recht haben, die sozialen
 Verhältnisse der Mitglieder kontrollieren zu können, sie müßten
 namentlich wissen, wie die bei ihnen Versicherten wohnen, und
 ob die Wohnung sich zum menschlichen Aufenthalt überhaupt
 eignet usw. Eine gegenseitige Verständigung der Klassen hin-
 sichtlich ihrer Erfahrungen wäre vonnöten; die Vorstände sollten
 Gelegenheit nehmen, auf Kongressen oder sonstwie die Ergebnisse
 ihrer in ihre Fachschlagenden wissenschaftlichen Forschungen kennen
 zu lernen usw. Über solche Selbstverständlichkeiten sind im
 Lande der sozialen Reform nicht gefalltet; die Verwaltungs-
 behörden wittern darin den Anlaß alles Bestehenden, ein Vor-
 gehen zu parteipolitischen Zwecken, und deshalb wurden die Aus-
 gabeposten gestrichen, die die Vertreter der Krankentassen in den
 Landtagen leisten sollten, sich über die sozialen Verhältnisse, soweit
 diese in das Gebiet der Krankenfürsorge hineinziehen, zu unter-
 richten. Natürlich darf auch fernerehin noch kein Fragebogen aus-
 gegeben werden d. h. auf Kosten irgend einer Klasse, der auch
 nur die Kubiten enthält: Wie ist Ihre Krankheit entstanden?
 und: Wie ist Ihre Wohnung beschaffen? Man will die Klassen-
 vorstände strafen im Raum halten, damit sie das Gesetz
 nicht überschreiten! Ob damit nicht etwas ganz anderes
 gemeint ist, was jetzt bloß so in der Luft schwebt? Vielleicht will
 man gar bei geeigneter Zeit Vorkehrungen treffen, den Arbeitern
 das Selbstverwaltungsrecht ein wenig schmälern?

Aber auch noch andere Gründe veranlassen uns, eine Ver-
 einheitlichung des Versicherungswesens zu erstreben. Die größeren
 Klassen arbeiten fast durchgängig mit geringeren Verwaltungs-
 kosten als die kleineren. Die Kaufmannskasse in Berlin mit circa
 70-80 000 Mitgliedern hat pro Mitglied und Jahr 2,14 Mark Ver-
 waltungskosten, während es Bergklassen mit solchen von 14,
 a von 17 Mark gibt. Bei einer Zusammenlegung zu größeren
 Klassen, die naturgemäß rationaler arbeiten, würden diese un-
 nötig ausgegebenen Gelder zu einer Reihe anderer nützlicherer
 Zwecke ausgegeben resp. die Leistungen erhöht oder die Beiträge
 erniedrigt werden können. Ferner würde das Verhältnis der
 Ärzte zu den Patienten mit einem Schlag ein ganz anderes,
 besseres werden. Die vielen Mißbilligungen zwischen beiden
 Faktoren wurzeln in dem gegenwärtigen System. Der Arzt muß
 schon ein tüchtiger Kopf sein, wenn er alle die verschiedenen For-
 mularvorschriften der einzelnen Klassen, geschweige denn die
 mannigfaltigen Statuten derselben behalten will. Der Wechsel der
 Arbeitsstelle bedingt häufig eine andere Klasse und vielfach auch
 einen anderen Arzt. Daß dies der Behandlung eines Patienten,
 der sich zumeist in den denkbar besten Händen befindet, da ja der
 behandelnde Arzt ihn und sein Leiden seit längerer Zeit kennt,
 nicht immer förderlich sein kann, dürfte auf der Hand liegen.

Eine Zentralisation der Berliner Ortskrankenkassen wurde
 schon mehrfach erstrebt, doch scheiterten alle Versuche zu einer
 solchen an den verschiedenartigsten Umständen, und als sich endlich
 die Mehrheit der interessierten Arbeiter einig war, wollte die
 höhere Verwaltungsbehörde nicht mitmachen. Zuerst lehnte sie einen
 Plan, sämtliche Klassen Berlins und der Vororte zusammen-
 zufassen, ab und darauf auch den ihr von der Gewerkschafts-
 kommission in Verbindung mit der Zentralkommission der
 Krankentassen unterbreiteten, aus den bestehenden Ortskrankenkassen
 eine große Vereinigung von acht Gruppen zu bilden. Gemeint
 waren verwandte Industriezweige, etwa so, daß Maurer,
 Zimmerer, Glaser, Steinmetzen usw. eine Ortskrankenkasse für
 Bauarbeiter oder für das Baugewerbe bilden sollten usw. Die
 Wohnung wurde mit herstellungstechnischen Schwierigkeiten be-
 gründet, die aber, wie das Beispiel anderer Städte lehrt, leicht zu
 überwinden wären. Mit dem Gedanken, daß der eine oder andere
 Klassenbeamte seinen Posten bei einer Verschmelzung verlieren
 könnte, hatte sich die Arbeiterschaft beirrt gemacht, da es ja
 jeden Tag dem geschicktesten Arbeiter passieren kann, seine Pro-
 telle im Betriebe zu verlieren. Wenn nun die Gegenseite einer
 Vereinheitlichung des ganzen Versicherungswesens auch in dem
 ersten Augenblick eine erhebliche Widerstand entgegenbrachte,
 so ist aber doch immerhin anzuerkennenden Anlaß des Reichs-
 kongresses im Jahre 1905, sowie der unter Mitwirkung und be-
 stimmter Anteilnahme des Abgeordneten Wolfenbutter zustande ge-
 kommenen Münchener Parteitagbeschlüsse des Jahres 1902 be-
 treffend die Zweckmäßigkeit einer allgemeinen Zusammenfassung,
 nichts Positives geschehen, und ebensowenig Erfolg hat die gleich-
 falls nach dieser Seite hin gerichtete Stellungnahme der wirklich
 praktischen Kenner der Dinge, der Vorstände und Angestellten der
 Krankentassen auf den von Zeit zu Zeit stattfindenden Kongressen
 gehabt. Die löblichen Worte, die man so human den Heim-
 arbeitern, die bekanntlich reichsgesetzlich nicht versicherungspflichtig
 sind, zu widmen mußte, sind auch nur Worte geblieben, trotzdem
 oder gerade weil sie aus so manchem salbungsvollen Munde flossen,
 und wenn die in Gewerkschaften organisierten
 Klassenmitglieder sich der Sache nicht annehmen
 und die als zweckmäßig, notwendig, nützlich und vorteilhaft er-
 kannte Vereinheitlichung energisch betreiben, dann wird es
 wohl noch gute Wege damit haben. Denn auch der
 letzte Einwand, die Arbeiter würden, da sie ihrer
 Beitragsleistung zur Krankenversicherung entsprechend auch zu
 zwei Dritteln in der Verwaltung sitzen können, während die
 Unternehmer nur ein Drittel der Sitze zu beanspruchen haben,
 in der ganzen Leitung dominieren, ist hin-
 fällig. Es wird ja nicht nur eine Zusammenlegung der
 Krankentassenversicherung, sondern auch der Invalidenversicherung
 erstrebt, bei der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Bei-
 träge ja zur Hälfte zahlen und darum auch die Verwaltungskosten
 gleichmäßig teilen, wobei aber die Regierung auch noch die doch
 ausschließlich auf Seiten der Unternehmer stehenden Vorstände
 ernannt. Freilich wird auch eine Zusammenlegung der Unfall-
 versicherung, bei der jetzt die Arbeiter von der
 Leitung vollständig ausgeschlossen sind, weil sie
 in direkter Weise dazu keine Beiträge zahlen, von allen ver-
 ständigen Interessenten erstrebt. Gerade die Alters- und In-
 validenversicherung beweist auf das Schlagendste, daß eine Verein-
 heitlichung Platz greifen kann und wie sie zu gestalten ist. Hierbei
 kennt man keine Gliederung der Mitglieder nach Berufs-
 gruppen, die etwa der Schlosser, Tischler und Nadel- und Seidmacher und eben-
 sowenig eine nach Städten und Dörfern, und dennoch hat noch
 niemand etwas von verwaltungstechnischen Schwierigkeiten ge-
 hört. Die Alters- und Invalidenversicherung ganz Deutschlands
 ist in 31 Landesversicherungsanstalten eingeteilt; sie ist eine ein-
 heitliche Organisation, gegen die man, soweit es sie selbst betrifft,
 nicht viel einwenden kann; jedenfalls ist die tolle Zerstückelung,
 wie sie auf dem Gebiete der Krankenversicherung herrscht, voll-
 ständig verwerflich und ihr Hauptfehler nur, daß die
 Unterstützungssätze zu gering und die Entschädigungen
 betreffend Rentenfestsetzungen den Arbeitern sehr häufig zu ersten
 Bedenken Veranlassung geben. — Das Unfallversicherungs-gesetz hat
 wiederum eine wesentlich von dem Krankenversicherungs-gesetz ab-
 weichende Konstruktion. Zu Anfang der achtziger Jahre des
 vergangenen Jahrhunderts geplant und unter den gleichen Ma-
 ßnahmen wie dieses ins Leben gerufen, trat es nach mehrfach ge-
 änderten Grundbedingungen erstmalig am 1. Oktober 1885 in
 Kraft. Mancherlei Wandlungen und Ergänzungen waren ihm
 inzwischen beschieden; nunmehr vereinigt das Unfallversicherungs-
 gesetz vom 30. Juni 1900, das sogenannte Mantelgesetz, die
 Gewerbe-, Land- und Forstwirtschafts-, die Bau- und die See-
 Unfallversicherung in sich. Ein Teil dieses Gesetzes trat am
 1. Oktober 1900 und andere Teile am 1. Januar 1901 bzw. am
 1. Januar 1902 in Kraft. Die Beiträge werden von den Unter-
 nehmern gezahlt, und zwar in einem bestimmten Prozentsatz zu
 den von ihnen zu entrichtenden Gewerbesteuern bzw. nach der Be-
 triebsgeschäftlichkeit des einzelnen Unternehmens oder nach der
 Kopfzahl der bei dem zur Beitragsleistung Verpflichteten beschäf-
 tigten Personen. Die Anzahl der zur Unfallversicherung gehörenden
 gewerblichen Berufsgenossenschaften beträgt 66, die der land- und
 forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 48. Ingesamt umfaßt
 das ganze Gesetz 1545 Organisationen, bei denen 25 657 Ver-
 trauensmänner fungieren.

Wenn schließlich angegeben wird, daß der Staatssekretär des
 Innern bei der Beratung des Gesetzes, betreffend Phosphorzünd-
 waren, am Reichstag erklärt habe: „eine Entschädigung der Phos-
 phorzündholzfabrikanten sei aus dem Grunde nicht erforderlich,
 weil das Reich ein Recht erworben habe, welches den Zündholz-
 fabrikanten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde, so daß durch
 das Verbot kein Fabrikant einen Schaden leiden könne“ — so
 trifft das nicht zu. Weder im Wortlaut des Gesetzes oder in seiner
 Begründung, noch in den stenographischen Berichten des Reichstags
 oder in dem Bericht der Kommission zur Vorbereitung des Ent-
 wurfs eines Gesetzes, betreffend Phosphorzündwaren, findet sich
 ein Anhalt hierfür. Die Entschädigung der Fabrikanten war
 keineswegs, wie behauptet wird, „die erste Voraussetzung und Be-
 dingung, unter der das Gesetz erlassen wurde“. Regierungseitig ist
 die Anerkennung einer Entschädigungspflicht immer präzisiert be-
 kämpft worden — aus welchen Gründen, das ist vom Staatssekre-
 tär in der Reichstags-Sitzung vom 22. April 1903 nicht ausgeführt
 worden. Er sagte: „Dann müßten wir jede Veranlassung, die wir
 im Interesse der Gesundheit oder Sittlichkeit der Arbeiter erlassen,
 mit ungeheuren Summen erkaufen; das hat aber bisher noch kein
 Staat getan, und das werden die verbündeten Regierungen auch
 nicht tun.“
 Ja, Unternehmer sind nicht leicht zu befriedigen.

Zum Gesetz, betreffend Phosphor- zündwaren.

Seit dem 1. Januar 1907 darf nach dem Gesetze vom 10. Mai
 1903, betreffend Phosphorzündwaren, weißer oder gelber Phosphor
 zur Herstellung von Zündhölzern und Zündwaren nicht mehr ver-
 wendet und es dürfen Zündwaren der bezeichneten Art zum Zwecke
 gewerblicher Verwendung nicht mehr in das Zollland eingeführt
 werden. Gegen dieses Gesetz hat sich in den Kreisen der Zündholz-
 fabrikanten lebhafter Widerspruch geltend gemacht, trotzdem vom
 Reich auf Verlangen derjenigen Fabrikanten, welche weiß-
 phosphorzündhölzler herstellen, das Recht einer an jeder beliebigen
 Weißfläche zündenden weißphosphorfreien Zündmasse zu unent-
 geltlicher Benutzung mitgeteilt worden ist. Mit dieser nach ihrem
 Erfinder Schweninger benannten Zündmasse können Zündhölzler
 unter Benutzung der einfachen alten Betriebsrichtungen herge-
 stellt werden.

Von den Fabrikanten sind, schreibt die „Berliner Correspon-
 denz“, in der Fachpresse Bedenken gegen die Verwendung dieser
 Zündmasse geltend gemacht worden. Zunächst wird eingewendet,
 daß ihr Entzündungspunkt gegen den der jetzt üblichen weiß-
 phosphorhaltigen Zündhölzler um etwa 100 Grad Celsius höher
 liegt. Dies trifft zu, ist aber von volkswirtschaftlichen Stand-
 punkte aus als Vorzug zu betrachten. Die weißphosphorzünd-
 hölzler haben infolge ihres niedrigen bei etwa 50 bis 80 Grad Cel-
 sius liegenden Entzündungspunktes zu zahlreichen Bränden Anlaß
 gegeben. Als Ursache vieler Brände ist z. B. festgestellt worden,
 daß sich die weißphosphorzündhölzler an heißen Sommertagen, an
 Fenstern aufbewahrt, unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen
 selbst entzündeten. Aber auch die aus der Schweningerschen Zünd-
 masse gefertigten Zündmasse gefertigten Zündhölzler entzünden sich
 trotz ihres bei etwa 150 bis 160 Grad Celsius liegenden Entzünd-
 ungs-punktes an jeder beliebigen Weißfläche ohne jede Schwierig-
 keit; sie bedürfen nur eines etwas stärkeren Druckes beim An-
 streichen.

Sobann ist behauptet worden, die Schweningersche Zündmasse
 sei explosiv, auch würden durch ihre Explosionsfähigkeit die Ar-
 beiter ärger gefährdet als durch die Giftigkeit des bisher verwen-
 deten weißen Phosphors. Als Beweis hierfür ist in der Presse
 eine Reihe von Unfällen veröffentlicht, welche sich bei der Ver-
 arbeitung der Schweningerschen Zündmasse ereignet haben sollen.
 Es hat sich aber ergeben, daß bei einigen der Unfälle nicht die vom
 Reich empfohlene Schweningersche Zündmasse Ursache war, son-
 dern daß bald diese, bald jene andere Zündmasse, mit denen Fa-
 brikanten Versuche anstellten, verwendet worden war. Andere Unfälle
 wurden dadurch herbeigeführt, daß Fabrikanten entgegen der ihnen
 vom Reich ausgehenden Beschreibung des Verfahrens zur Her-
 stellung der Zündmasse für weißphosphorfreie Zündhölzler“ und
 unter Außerachtlassung der nötigen Vorsichtsmaßregeln Versuche
 mit den Chemikalien der Schweningerschen Zündmasse anstellten.
 Die Herstellung der Schweningerschen Zündmasse und ihre Ver-
 wendung ist, wie die Reichstagskommission im Laufe der Vorbe-
 ratung des Gesetzes durch den Augenschein und wie auch Sachver-
 ständige festgestellt haben, ungefährlich, sofern die vorgeschriebenen
 Vorsichtsmaßregeln beobachtet werden. Deshalb ist man auch,
 wenigstens von selten der Regierung, keineswegs über dieses
 Rezept zur Tagesordnung übergegangen, wie in der Fachpresse
 behauptet wurde, sondern ist von seiner Brauchbarkeit nach wie vor
 überzeugt. Die Zündmasse ist aus einer Reihe anderer weiß-
 phosphorfreier Massen ausgewählt worden, weil sie zur Zeit der
 Einführung des Gesetzes die beste und zweckmäßigste schon
 bewährt war, was bei den anderen Massen nicht zutrifft. Neuer-
 dings mögen Zündwaren in den Handel gebracht worden sein, die
 gleichfalls allen Anforderungen entsprechen.

Wenn schließlich angegeben wird, daß der Staatssekretär des
 Innern bei der Beratung des Gesetzes, betreffend Phosphorzünd-
 waren, am Reichstag erklärt habe: „eine Entschädigung der Phos-
 phorzündholzfabrikanten sei aus dem Grunde nicht erforderlich,
 weil das Reich ein Recht erworben habe, welches den Zündholz-
 fabrikanten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde, so daß durch
 das Verbot kein Fabrikant einen Schaden leiden könne“ — so
 trifft das nicht zu. Weder im Wortlaut des Gesetzes oder in seiner
 Begründung, noch in den stenographischen Berichten des Reichstags
 oder in dem Bericht der Kommission zur Vorbereitung des Ent-
 wurfs eines Gesetzes, betreffend Phosphorzündwaren, findet sich
 ein Anhalt hierfür. Die Entschädigung der Fabrikanten war
 keineswegs, wie behauptet wird, „die erste Voraussetzung und Be-
 dingung, unter der das Gesetz erlassen wurde“. Regierungseitig ist
 die Anerkennung einer Entschädigungspflicht immer präzisiert be-
 kämpft worden — aus welchen Gründen, das ist vom Staatssekre-
 tär in der Reichstags-Sitzung vom 22. April 1903 nicht ausgeführt
 worden. Er sagte: „Dann müßten wir jede Veranlassung, die wir
 im Interesse der Gesundheit oder Sittlichkeit der Arbeiter erlassen,
 mit ungeheuren Summen erkaufen; das hat aber bisher noch kein
 Staat getan, und das werden die verbündeten Regierungen auch
 nicht tun.“
 Ja, Unternehmer sind nicht leicht zu befriedigen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie. Deutsches Reich.

Einen unerwarteten Sieg haben die Arbeiter und Arbeiterinnen
 der Vogtländischen Baumwollspinnerei am 7. Januar erzwungen.
 Bekanntlich wurde ab 1. Januar 1907 in den meisten Betrieben die
 10 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Vogtländische Baumwoll-
 spinnerei hatte sich dem noch nicht angeschlossen, ging vielmehr in
 einem Schreiben an den Geschäftsführer unserer Zentrale um die
 Angelegenheit herum wie die Klasse um den heißen Brei. Die
 Organisation war nicht in der Lage, weitere Schritte zu unter-
 nehmen, weil nur ein Teil der Arbeiter organisiert war. Am
 4. Januar entschlossen sich die jugendlichen Arbeiter, nicht vor
 1/2 Uhr an die Arbeit zu gehen, und dieses führten sie auch am
 Sonnabend, den 5. Januar, aus. An diesem Tage schloß sich auch
 die Mehrzahl der Heuerinnen und Ringdrosselkammerinnen den
 Aufständern an, so daß ein Teil der Erwerber vollständig lahmgelegt
 war. Die Spinner, zum größten Teil organisiert, hatten noch keine
 Stellung dazu genommen, sie sahen jedoch ein, daß, wenn am Mont-
 tag wieder die Arbeit nicht aufgenommen werden würde, sie die
 Gelegenheit durch Verweigerung von anderer Arbeit, als sie sonst
 leisten, zu der ihnen nachzuholen müßten. Demnach schloß die Di-
 rektion den Boden aus, als am Sonnabend angekündigt wurde, daß
 ein Teil der Spinner eventuell ansetzen möchte, wenn die Arbeiter
 und Aufständer nicht arbeiten würden. In einer am 6. Januar ab-
 gehaltenen Versammlung beschloß dieselben, die 10 1/2 stündige
 Arbeitszeit und 10 Proz. Lohnerhöhung zu fordern, gleichzeitig auch
 besseres Material. Am Montag früh begarnten die Aufständer auf
 ihrem Standpunkt, so daß der Betrieb vollständig still stand. Die
 Direktion unterhandelte bereits nach 6 Uhr früh mit einer Kom-
 mission und sicherte sofort die Verkürzung der Arbeitszeit und
 5 Proz. Lohnerhöhung zu. Nach längerem Unterhandeln gab
 die Direktion nach und bewilligte die Forderung. Die Arbeiter
 haben am anderen Morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Es
 mit ist endlich einmal Bescheide geschossen worden in einem Betriebe,
 der bereits seit einem Jahre an einer Lohnbewegung laborierte.
 Das imponierende Auftreten dieser Kleinen hat es fertig gebracht,
 mit elementarer Gewalt die störende Bewegung in diesem Betriebe
 in Fluß zu bringen, ungeachtet der drohenden Gefahren. — Nicht
 auffallend war bei der Bewegung die Haltung der liberalen Ar-
 beitervereiner. Dieses Duzen Arbeiter ging, unbekümmert um
 den Preis des Kampfes, an die Arbeit, allein sie konnten den Be-
 trieb nicht aufrechterhalten und mußten mittags ebenfalls feiern.
 Zwei solcher Dieberräuber hatten die Verhältnisse auf der Gegen-
 seite recht gesprochen werden in gewerblichen Arbeitsfragen! Wie
 werden es uns merken: Die Organisation hat durch diesen Sieg
 14 neue Mitglieder gewonnen. Hoffentlich haben sie die Macht
 der Solidarität erlangt und werden zu weiteren Mitstreitern in
 unserer gerechten Sache.

400 Arbeiter der Flanellfabrik von Bernhard Siegel u. Schläge
 in Pöhlitz traten am Montag voriger Woche in den Aufstand, so
 daß die Fabrik geschlossen werden mußte. Die Ursache des Aus-
 stütes war der Umstand, daß die mit den Zubehören der Fabrik
 über die Regelung der Frühstücks- und Weisepausen verhandelnden
 Beamten nicht angehört wurden. Zur Beilegung der Differenzen
 begab sich Gauweiler v. Rettschneider aus Gera auf den Schau-
 platz. Seiner Vermittelung gelang es, die Differenzen beizulegen.
 Die Firma erfüllte die Forderungen der Arbeiter, so daß die Arbeit
 sofort wieder aufgenommen wurde. Die Organisation ge-
 wann mit einem Schlag hundert Mitglieder. Der
 größte Teil der Pöhlitzer Textilarbeiter gehört dem Verbands an.

Die Arbeiter der Bremer Wollwäscherei in Lesum haben fol-
 gende Forderungen gestellt:

1. Einstellung eines aus 7 Personen bestehenden Arbeiter-
 auschusses.
2. Die Arbeitszeit dauert täglich 10 Stunden, und zwar von
 morgens 6-12 Uhr und nachmittags von 1 1/2-6 Uhr mit einer
 Frühstücks-pause von 8-8 1/2 Uhr.
3. Nebenstunden dürfen nur in bringenden Fällen und nach An-
 hören des Arbeiterauschusses gemacht werden. Bei durch Neben-
 stunden verlängerter Arbeitszeit wird abends 6 Uhr eine Pause von
 10 Minuten gewährt.
4. Der Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter wird um
 40 Pf. erhöht. Für Nachtarbeit wird pro Schicht 25 Pf. mehr ge-
 zahlt. Nebenstunden werden mit 30 Proz. Zuschlag berechnet.
5. Die Atfordlöhne in der Sortierung werden folgendermaßen
 geregelt:
 Für 100 Kilogramm Mixt werden 75 Pf., für 100 Kilogramm
 Austral Fließ 1,50 M. gezahlt. Für Kapp bleibt der Lohn derselbe
 wie bisher. Für alle anderen Sorten wird der Lohn um 10 Pf.
 pro 100 Kilogramm erhöht.
6. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar so, daß am
 Nachtag bei Arbeitsluß jeder im Besitze seines Lohnes ist.
7. In allen Räumen, in denen Erdenmaschinen oder Apparate
 aufgestellt sind, ist in genügender Weise für Ventilation zu sorgen.
8. Obige Forderungen treten am 1. März 1907 in Kraft.

Hoffentlich ist die Direktion einseitig genug, sich über die ge-
 stellten Forderungen mit der Arbeiterschaft im Guten zu einigen,
 um so mehr als dieselben keineswegs übertrieben sind, sondern im
 Gegenteil, für die heutigen Verhältnisse nur das notwendigste ent-
 halten. — Von 130 Beschäftigten gehören 118 dem Verbands an.

Bei der Firma Elzner, Rammsagen- und Wollkammerei in
 M. Glabbach, sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten.
 Sie verlangten eine Regelung der Löhne nach dem Tausend-Schuh-
 System.

Bei der Firma Ernst Schmidt in Forst i. L. sind am 18. Januar
 die Arbeiter in den Kampf eingetreten. Es konnten 38 Personen
 in Frage, davon sind 6 Christliche und 2 oder 3 „Hilfs“.

Die Spitzenweber der Firma C. O. Lange in Falkenstein i. B.
 sind wegen Lohn-differenzen in Aufstand getreten. Ihren ver-
 dienten Lohn bekamen bei der Auszahlung um 19 Uhr mittags
 nur wenige Arbeiter. Verschiedenen wurde noch um 1/2 Uhr abends
 der Lohn in die Wohnung geschickt. Mehrere bekamen erst am
 Sonntag ihr Geld, und 4 Mann hatten bis Sonntag überhaupt
 ihren verdienten Lohn nicht bekommen. Zugug von Webern eventl.
 Lehrlingen ist streng fern zu halten.

Ausland.

Oesterreich. 500 Baumwollspinner streiken seit 17 Wochen im Badenbacher Bezirk zwecks Eringung des Gehaltens...

Schweiz. Wegen Maßregelung organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen muß der Zugang strengstens ferngehalten werden...

Rußland. Man schreibt uns aus Moskau: Der Moskauer Industriekongress, der sich am 1. Januar 1907 in der Stadt...

Rußland. Die Lage der ausgeperrten Textilarbeiter in Lada ist keine hoffnungsvolle. Ein erheblicher Teil ist in anderen Arbeitsstellen untergebracht...

Schweden. Der allgemeine niederländische Textilarbeiterbund hat im Vorjahre seine Mitgliederzahl fast verdoppelt...

Amerika. In Mexiko streikten Textilarbeiter. Dabei kam es zu Unruhen, wobei Eigentum im Werte von 14 Millionen Dollar zerstört wurde...

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

Ein neuer Tarifvertrag. Zwischen den Prinzipalen und den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen des deutschen Buchdruckgewerbes ist ein Tarif vereinbart worden...

700 Automobilfahrer sind in Berlin ausgesperrt worden.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie ist am Sonntag perfekt geworden.

Die Aussperrung in den Rüstwerken in Oberschöneweide ist beendet. Zwischen den streikenden Parteien hat eine Einigung stattgefunden.

Ausland.

Dänemark. Die Straßenbahnen Kopenhagens haben gestreikt. Mit einigen Veränderungen sind die Forderungen der Streikenden bewilligt worden...

Holland. Die dort vorgekommenen Streiks und Aussperrungen waren im Jahre 1906 zahlreicher, aber weniger ausgedehnt als die des Jahres 1904...

Die Streiktätigkeiten des Jahres 1906 verteilten sich auf die einzelnen Gewerbe wie folgt:

Table with 3 columns: Gewerbe, Streiks und Aussperrungen, Beteiligte Arbeiter, Verlorene Arbeitstage. Includes categories like Ganganerwerb, Textilindustrie, Transportgewerbe, etc.

England. Der englische Eisenbahnverband ist in eine nationale Bewegung eingetreten, um bestimmte Forderungen durchzusetzen; diese Forderungen sind verschiedene für England, Schottland und Irland...

Frankreich. In Boulogne herrschte ein Schuhmacherstreik. Am 6. Januar haben jedoch die Arbeiter in 22 Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen...

Schweden. Eine Anzahl Werkstättenstreiks in den verschiedenen Teilen des Landes hat den Vorstand der schwedischen Arbeitgebervereinigungen veranlaßt, zum 16. und 18. Januar eine allgemeine Delegiertenversammlung einzuberufen...

Sperrung aller bei Mitgliedern der Vereinigung beschäftigten organisierter Arbeiter proklamieren soll, von der an 60 000 Arbeiter betroffen würden.

Rußland. Zur Freiheit der Gewerkschaften wird aus Piew gemeldet: Den Verbänden, die sich in der letzten Zeit bilden, wird die Legalisierung sehr schwer gemacht. Der Entwurf der Satzungen des Verbandes muß etliche Male zwischen der Starkei des Gouvernementsamtes für Vereinsangelegenheiten und den Organisatoren des Verbandes hin und her wandern...

Soziales.

Aus dem Lande der Sozialreform. Vor dem Landgericht II München hatte sich ein 68jähriger, gichtleidender, Kreuzschmerzer, mit dem grauen Star behafteter Holzarbeiter wegen Zuwiderhandlung gegen die baupolizeilichen Vorschriften zu verantworten...

Erfüllung der Wartzeit der Altersrenten. Altersrentenanwärter, welche im Laufe dieses Jahres ihr 70. Lebensjahr vollenden, haben an Beitragswochen mindestens nachzuweisen, wenn sie nach Eintritt in die Versicherung beschäftigt waren:

- a) als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Diensthilfen, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte 640-680 Beitragswochen
b) als Hausgewerbetreibende der Tabak-Fabrikation 600-640
c) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungs-pflicht vom Jahre 1894 404-584
d) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungs-pflicht vom Jahre 1896 440-480
e) als Lehrer, Lehrerinnen, Erziehler, Gesellschafterinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bilden und dergleichen 280-320

Gerichtliches.

Rechtsanwalt Tieke als Berufungskläger abgelehnt. Dieser Anwalt des Crimmitschauer Unternehmertums, der eigentlich verschuldet, daß bei der bekannten großen Aussperrung in Crimmitschau im Jahre 1903 keine Einigung zustande kam, hat schon wiederholte moralische Abfertigungen erlitten...

Ein sanderbarer Versuch gegen den § 182 der Gewerbeordnung. Die große Maiausperrung der Berliner Buchbinderei- und Arbeiterinnen erstreckte sich auch auf den Betrieb von Sperrling. Als es den Aussperrten gnädigst anbegehrt worden war, sich wieder zur Arbeit zu melden, da beschloß eine Werkstättensammlung, die Wiederaufnahme der Arbeit von der Bedingung abhängig zu machen, daß alle alten (d. h. ausgesperrten) Arbeiter und Arbeiterinnen wieder eingestellt und die inzwischen eingestellten „Arbeitswilligen“ wieder entlassen würden...

Machtfrage habe es sich gehandelt. Das Kammergericht hat jedoch jetzt die Revision mit folgender Begründung verworfen: Der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung liege vor. Fraglich hätte nur sein können, ob es sich um die Erstfreibung günstigerer Arbeitsbedingungen im Sinne der §§ 152 und 153 handelte...

Wenn auch nicht erforderlich sei, daß der, welcher vermeintlich eine Drohung ausübt, für sich günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen wolle, so war aber doch erforderlich, daß die anderen dieses Ziel verfolgten. Daß dies aber der Fall war, hat das Gericht nicht bewiesen, sondern nur angenommen...

Rechtsmüdig ohne Kündigung entlassen worden, weil er einen Mitarbeiter auf der Straße beleidigt haben soll, ist nach einem Urteilspruch des Amtsgerichts II in München der Arbeiter Trostke in Hammersbach. Wegen dieser Entlassung, die er als eine rechtmäßige nicht erachten konnte, klagte er gegen die „Bremer Wollmanufaktur“ auf Entschädigung in Höhe von 22,50 Mark und Tragung der Kosten des Rechtsstreits...

Damit die Nichtverbandsmitglieder vor der Agitation der Verbandsmitglieder geschützt seien, hatte nämlich die Fabrikleitung im Jahre 1906 einen Anschlag erlassen, in dem jeder mit sofortiger Entlassung bedroht wurde, der einen Mitarbeiter belästigen oder beleidigen würde. Diesen Anschlag kannte der Kläger. Sein Einwand, daß er ihn nur auf Beleidigungen in der Fabrik bezögen könne, wurde ihm nicht. Er hat nun nicht nur keine Entschädigung bekommen, sondern auch noch die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Von Rechts wegen.

Zu der Urteilsbegründung wird, nachdem gesagt worden war, daß die Entlassung auf Grund der Bekanntmachung vom Februar 1906 schon gerechtfertigt war, weiter ausgeführt:

„... Auch nach § 4 der Fabrikordnung war die sofortige Entlassung gerechtfertigt. Zwar ist mit dem Kläger anzunehmen, daß die Fabrikordnung in erster Linie das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern in der Fabrik regeln soll. Naturgemäß erstreckt sich ihre Ausdehnungsgebiete aber auch auf das Verhältnis der Arbeitnehmer zu einander außerhalb des Betriebes, nämlich dann, wenn durch das Verhalten eines Teils der Arbeiter andere Arbeiter von der Arbeit in der Fabrik abgehalten werden und dadurch die Fabrik selbst geschädigt wird. Die Fabrikordnung bringt diese Tendenz auch klar zum Ausdruck.“

Danach ist die Diktion der genannten Fabrik also in Beleidigungssachen ihrer Arbeiter untereinander strafbar; sie sorgt nicht nur für die „Ordnung“ innerhalb, sondern auch außerhalb der Fabrik, und kann, wenn diese „Ordnung“ verletzt wird durch eine Beleidigung, die Strafe der Entlassung über den Schuldigen verhängen.

Unserem Erachten nach leidet das Urteil an einem erheblichen Irrtum, der von der Berufungsinstanz nicht hätte übersehen werden dürfen, nämlich der Irrtum, daß die Fabrikordnung so weit unklar ist, wie sie sich auf Vorgänge außerhalb des Fabrikbetriebes bezieht. Da aber die Beleidigung nicht innerhalb des Fabrikbetriebes erfolgt war, war die Berufung der Verklagten darauf hin fällig. War aber das der Fall, ist die Kündigung ohne Entschädigung zu Unrecht erfolgt und der Kläger hatte Anspruch auf Entschädigung; die ihm sicher von jedem Gewerbetreibenden zugesprochen worden wäre. Zum Unglück für die organisierten Arbeiter besteht aber in München kein Gewerbegericht. — Unregelmäßig geht weiter aus der erwähnten Sonderbekanntmachung noch aus der eigentlichen Fabrikordnung mit Sicherheit hervor, daß auch außerhalb des Fabrikbetriebes vorkommende Belästigungen oder Beleidigungen von Mitarbeitern durch sofortige Entlassung geahndet werden sollen. Schon deshalb hätte der Entschädigungs-klage bezw. der Berufung stattgegeben werden müssen.

Aus Unternehmertreibern.

Deutsche Tuchkonvention. Die hiesigen Tuchfabrikanten verpflichteten sich, einer zu gründenden deutschen Tuchkonvention beizutreten. Für die Sommerarbeit 1907/1908 wird der definitive Abschluß der Konvention erwartet. Auch der sächsische Industriebezirk Crimmitschau steht dem Konventionsgedanken sympathisch gegenüber.

Ein Konventionskartell haben auch die Warnsdorfer Baumwollfabrikanten abgeschlossen. Mit der Leitung der Vereinigung ist die österreichische Kreditanstalt beauftragt worden. Die Konditionsvereinbarung umfaßt die Baumwollfabriken in Warnsdorf, Stumburg, Schludena und Niedergrund mit einer Gesamtproduktion von ungefähr 30 Millionen Kronen. Ein Konditionsentwurf liegt bereits im Detail vor, harzt aber noch der Bestätigung durch die vereinigten Firmen. Das provisorische Übereinkommen bezieht sich auf alle Verkäufe von Warnsdorfer bunten Geweben, Rosa-, Rosa- und Westfaltenstoffen, die in Oesterreich-Ungarn zur Ablieferung gelangen.

Neue Fusion. Die Verwaltungen des Schweizer Bergwerksvereins und der Vereinigungsgesellschaft im Bummrevier vereinbarten, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen beider Gesellschaften, welche auf den 20. Februar einberufen werden sollen, daß beide Gesellschaften vom 1. Juli 1908 ab für gemeinsame Rechnung arbeiten. Danach würde das Bummrevier als Ganzes ohne Liquidation in dem Schweizer Bergwerksverein aufgehen. Eine Erhöhung des Aktienkapitals des Schweizer Bergwerksvereins auf 32 Millionen Mark ist in Aussicht genommen.

Verband der Unternehmer in der Metallbranche zu St. Petersburg. Zur Zeit ist in Petersburg ein offenes Verbands der Metallfabrikanten des nördlichen Rayons in der Bildung begriffen. Der Verband hat die Absicht, im Kampfe gegen die Arbeiter das partielle oder volle Aussperrungssystem anzuwenden. Gleichzeitig gründet der Verband einen Versicherungsfonds, indem jedes Verbandsmitglied von seinem jährlichen Einkommen 3 Proz. beisteuert. Solche Organisationen bestehen bereits im zentralen Industriebezirk in Warschau, Lada, Riga usw. Überall ist der Zweck der Kampf gegen die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter.

Patent-Bericht.

Mitgeteilt vom Patentamt Dr. Felix Fuhs, diplomierter Chemiker und Ingenieur Alfred Gumburger, Wien VII., Sehensterngasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnement dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentamt-Bureau mäßig bezogen.

Oesterreich. Ausgelegt am 15. Dezember 1906, Einspruchsfrist bis 15. Februar 1907. Nr. 86b. Fritz Thomas, Mechaniker in Reighley (England). — Seitenfadenwäcker für Webstühle, mit innerhalb der Radeln um ihre eigene Achse schwingenden hohlen Stangen, deren jede

einem hohlen Längsschlitz besitzt, in den die gesunkene Lamelle des gerissenen Fadens eintritt und die Drehung der Stange hindert, um damit die Abstellung des Webstuhles einzuleiten, dadurch gekennzeichnet, daß jede der schwingenden Stangen ein schraubenförmig gewundenes Ende besitzt, das in ein Gleitstück greift, welches mittels eines von der Längsschwinge aus beschriebenen Gestänges verschoben wird, während die Rückbewegung durch Wirkung einer Feder oder dergleichen erfolgt, zum Zwecke, durch Verschiebung des Gleitstückes eine kontinuierliche Schwingung der Stange zu bewirken.

Deutschland.

Ausgelegt am 20. Dezbr. 1906, Einspruchsfrist bis 20. Febr. 1907.
 Nr. 8b. Francisque Voland, Lyon, Willenbarne und Albert Warhand, Lyon, Maschine zur Veränderung der Lage der Schußfäden in Geweben.

Nr. 8d. Friedrich Ludwig Bartelt, Bristol, England. Vorrichtung zum Reinigen von Waschgut.

Nr. 9a. Deumer Baumwollwerke, G. m. b. H., Semelingen bei Bremen. Maschine zur Gewinnung der an Baumwollfasern, -hüllen und anderen faserhaltigen Abfällen ähnlicher Art haftengebliebenen Fasern.

D. R. Gebrauchsmuster.

Nr. 80c. Willy Regensburger, Hof i. D. Kops-Lusteder, bestehend aus einer Gürtel mit Vorrichtung zur Befestigung am Webstuhl. 204 046.

Betriebsunfälle.

21 Arbeiter und Arbeiterinnen verbrannt. Dieses gräßliche Unglück ereignete sich in Geispolshaus bei Straßburg i. E. In der Fabrik von Hubert u. Co. dort drach, wie es heißt infolge einer Explosion von Zellulosebohrern, Feuer aus, das das ganze Gebäude in Flammen setzte und die Ausgänge versperrte, so daß sich nur ein kleiner Teil der Arbeiter retten konnte. Die Leichen der Verbrannten wurden alle auf einer Stelle aufgedrängt, verrotzt und unkenntlich aufgefunden. Es waren alles Leute von 15 bis 18 Jahren. In recht unpraktischer Weise waren die Fenster vergittert, so daß die Unglücklichen nicht durch sie fliehen konnten.

Töblich verunglückt ist der 16jährige Andre Schreier in der Webereifabrik Spinnerei in Schopau. Dem Webereiarbeiter wurde beim Gang der Spinnmaschine die Schädelkappe eingedrückt, so daß das Gehirn herborquoll. Man brachte den Schwerverletzten in das dortige Krankenhaus, wo er Sonntag früh gestorben ist.

Bermischtes.

Kandidaten aus dem Textilarbeiterverbande. Von unseren Verbandskollegen kandidieren bei der bevorstehenden Reichstagswahl acht, soweit unsere Kenntnis darüber reicht: Wandert, Brüggenmann, Giesl, Riechlich, Kofke, Krähig, Reimes, Schrader-Sannover. Die Textilarbeiter haben also doppelte Ursache, sich mit allem Eifer an dem Wahlkampf zugunsten der Sozialdemokratie zu beteiligen.

Einiges über die Lohnverhältnisse deutscher Fürsten. Es beträgt die Zivilliste (inklusive Apanagen) des

Großherzog von Baden	1 480 269 M.
Dazu Aufbesserung	400 143 "
Großherzog von Hessen	1 370 142 "
Herzog von Oldenburg	655 000 "
Regent von Braunschweig	1 125 328 "
Großherzog von Sachsen	1 020 000 "
Herzog von Sachsen-Meiningen	844 266 "
Dazu noch	508 015 "
Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt	336 867 "
Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen	500 000 "
Königs von Württemberg	2 127 080 "
Königs von Sachsen	4 168 256 "
Regent von Bayern	5 402 476 "
Kaiser (als König von Preußen)	15 719 208 "

Man sieht, die „Löhne“ der regierenden Häupter sind recht verschieden, so daß ihnen einmal eine Regulierung not tut. Bei der fabelhaften Höhe einiger Zivilisten könnte diese Regulierung wohl nach unten hin erfolgen, namentlich da die meisten Fürsten noch sehr hohe Bezüge aus Grundbesitz haben. So ist beispielsweise der Kaiser der größte Grundbesitzer in Preußen.

Sicherung des Konstitutionsrechtes in Frankreich. Der unter dem Vorwort des Präsidenten der Republik abgehaltene Minister hat den Justizminister beauftragt, in der Kammer einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch die Artikel 414 und 415 des Strafgesetzbuches abgeschafft werden sollen. Der Artikel 414 bestraft mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 3000 Franc jeden, welcher mit Gewalt, durch Täuschung, Drohung oder Vorpiegelungen die gemeinsame Einstellung der Arbeiter zum Zwecke der Erlangung einer Erhöhung oder Herabsetzung der Löhne herbeiführt, oder im allgemeinen die freie Verichtung von Arbeiten verhindert hat. Artikel 415 verleiht die Polizeigewalt für den Fall, daß die Einstellung der Arbeiter durch eine planmäßige Vereinbarung herbeigeführt war. — Mit der Unterdrückung dieser beiden Artikel wird das vollständige Streikrecht der Gewerkschaften hergestellt.

Die Justiz des Irren. In Greifswald ist der zum Tode verurteilte Aufwärtler Lehner von den Geschworenen in erneuten Verfahren abermals „zum Tode und zu zwei Jahren Gefängnis“ verurteilt worden, obwohl das Gutachten der psychiatrischen Sachverständigen keinen Zweifel darüber ließ, daß der Angeklagte seine schrecklichen Taten in krankem Geisteszustande begangen hatte. Wenn also dieser Geisteskrante nicht zum Tode verurteilt wird, so werden wir in Deutschland am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts das Schaulspiel genießen dürfen, daß einem Irrenhause von einem geistig gesunden Heiler der kranke Kopf abgeschlagen wird.

Die medizinischen Sachverständigen haben erklärt, daß so grausam schreckliche Taten, wie sie der Angeklagte beging, überhaupt nur bei Epileptikern, Werrückten und Geisteskranken vorkommen können. Die Geschworenen haben sich dieser Auffassung nicht angeschlossen, wohl in der Erwägung, daß es Menschen gibt, die die grausame Tötung anderer Menschen auftrags- oder bezaubermäßig ausüben, ohne im mindesten epileptisch, geisteskrank oder verrückt zu sein. Es ist schwer zu sagen, wenn man die Frage als eine allgemeine aufstellt, welcher Teil im Rechte sei. Dagegen ist es zweifellos ein höchst trauriger Fall, daß Geschworene einen Angeklagten, der von berühmten Autoritäten für geisteskrank erklärt wird, schuldig sprechen und damit dem Heiler überliefern. Es ist kaum denkbar, daß ein solcher Wahrspruch von proletarischen Geschworenen hätte gefällt werden können, denn die Achtung der „ungebildeten Arbeiter“ vor der Wissenschaft ist viel zu groß, als daß sie sich über das Urteil der Sachverständigen hätten hinwegsetzen können. In den Augen eines Teils der reaktionären Presse ist das freilich nur ein Argument gegen die Verwandlung der Geschworengerichte in wirkliche Volksgerichte, denn sie feiern die bevorstehende Einrichtung eines Strafministers als den Triumph ihrer Idee. Und sie ist weder epileptisch, noch verrückt, noch geisteskrank, sondern bloß brutal und niederrachtig. („Die Neue Gesellschaft.“)

Berichte aus Fachreisen.

Altona-Ottersen. Am Sonntag, den 6. Januar, hielten wir Seiler und Kneppeläger unsere Mitglieder-Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Es herrscht hier in verschiedenen Werkstätten noch das Klassenlohnsystem. Um einen einheitlichen Lohn zu erzielen, berufen wir zum Sonntag, den 3. Februar, nachm. 4 Uhr, eine öffentliche Versammlung ein, zu der unser Gauleiter herangezogen werden soll. Wir ersuchen um ein zahlreiches Erscheinen.

Cosmar. Am Sonntag, den 6. Januar, lagte im oberen Saal des „Rustfeller“ unsere regelmäßige Generalversammlung. Nach Entgegennahme des Klassenberichts wurde von Seiten der Revisoren dem Geschäftsführer, Kollegen Münch, einstimmig Entlassung erteilt. Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 627 männliche, 778 weibliche. In den Vorstand wurden gewählt Münch als erster und Alfons Michels als 2. Vorsitzender, als Schriftführer Johann Peter. Die Wahl der Revisoren fiel auf Alfons Vanthwart, Martin Deutsch und Johann Ludwig. Ferner wurde eine Beschwerdebekommision gewählt, welche in Zukunft alle persönlichen Angelegenheiten zu schlichten hat. Nach der Wahl der Kartelldelegierten wurde die Versammlung geschlossen.

Elbing. Unsere am 7. Januar abgehaltene Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht. In den Vorstand wurden gewählt Binder als erster Vorsitzender, Ergel als zweiter, an Stelle des Kollegen Bobmer, der eine Wiederwahl ablehnte, als Kassierer Hubert Walter, als Revisoren Daiber, Zyman und Sieger. Alois Göb wurde als Unterkassierer neugewählt. Gewerkschaftskartelldelegierte: Zyman, Walz, Kunz und als Ersatzkollege Friß. Unsere Vertrauensleute blieben an ihren Stellen. Auch wurden einige Kollegen zu Agitationszwecken nach Thaisingen bestimmt.

Forst i. L. Die Filiale Forst des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Donnerstag, 11. Januar, ihre erste Monatsversammlung im neuen Jahre ab. Kollege Moritz Sommer gab die Abrechnung vom vierten Quartal 1906. Es war eine Einnahme von 8001 M. und 26 Pf. vorhanden, der eine Ausgabe von 7284 M. und 5 Pf. gegenüberstand, mithin beträgt der Klassenbestand 1617 M. 21 Pf.; die Lokalkasse weist 6770 M. und 79 Pf. auf. Auf Antrag wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Von einem Stiftungsfest soll in diesem Jahre Abstand genommen werden. Der Entwurf eines Kontakts mit dem Geschäftsführer wird der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Hierauf geben die Kollegen Kammer und Rood Bericht über die beiden letzten Sitzungen des Gewerkschaftskartells, an den sich eine längere Debatte angeschlossen, schließlich wird beschlossen, die Delegierten von 8 auf 12 zu erhöhen. Zu solchen wurden gewählt: Rood, Baumert, Wölke, Konrat, Galle, Weiermann, Geisford, Bürger, Nidel, Hartwed, Schöne und Vater. Dem Geschäftsführer Hoppe werden die Umzugskosten einmütig bewilligt. Kollege Hoppe begründete einen Antrag verschiedener Kollegen, dem Wahlfonds 500 M. aus der Lokalkasse zuzuführen. Schließlich wurden einstimmig 780 M. dem Wahlfonds überwiesen. Den Mitgliedern der Agitationskommission wurden für jede Sitzung 50 Pf. bewilligt. Wegen der fortwährenden unqualifizierenden Verhandlungen und Verleumdungen des früheren Vorstandes der Filiale durch das „Lageblatt“ wünschte die Versammlung einstimmig, daß der Verleiher dieser Verleumdungen gerichtlich belangt werden soll. Die früheren Revisoren teilten noch mit, daß sich die Klasse stets in tadelloser Ordnung befunden habe.

Friedland (Bez. Breslau). Nach längerer totalloser Zeit fand am 6. Januar wieder einmal eine Versammlung der hiesigen Einzelmitglieder in den Fünfstellern statt. Vor Eingang in die Tagesordnung begrüßte Kollege Liebig die zahlreich Erschienenen mit dem Wunsche, daß, soweit es im neuen Jahr möglich ist, uns versammeln zu können, die Mitglieder immer so zahlreich anwesend sein möchten, wie in dieser Versammlung. Er warf dann einen Müßigkeit auf unsere Bewegung in den letzten 3 Jahren. Dann erstattete er den Geschäfts- und Klassenbericht vom abgelaufenen Jahre. Ihm ist zu entnehmen, daß die Fluktuation im Mitgliederstand eine außerordentlich große ist. Einem Zugang von 120 steht ein Abgang von 112 Mitgliedern gegenüber. Von letzteren sind vier gestorben, 42 abgereist, und 66 haben sich abgemeldet. Von diesen 66 waren 48 weibliche. Ein Zeichen, daß besonders unter den Textilarbeiterinnen das Klassenbewußtsein wenig Platz gefaßt. Öffentliche Mitglieder- und Betriebsversammlungen haben zusammen 24, Kommissionsitzungen 17 stattgefunden. Eingänge an Pateten, Depeschen, Briefen, Karten, Drucksachen, Postanweisungen sind 155; Ausgänge 150 zu verzeichnen. Klasse und Wähler sind im ganzen Jahr von den Revisoren 7 Mal revidiert worden. Die wichtigste Versammlung im Vorjahr war die am 30. Januar, welche durch Annahme einer Resolution den Beschluß faßte, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die errungenen Lohn-erhöhungen sind zwar zum Teil wieder verloren gegangen, doch der errungene Lohnstandtag ist geblieben worden; er ist auf Rechnung des Verbandes zu setzen. Daß nicht mehr für die Arbeiter zu erringen war, ist die Schuld derjenigen, welche der Organisation immer noch fernstehen. — Auch an Oskern des Kampfes fehlte es nicht; wer den Mut hatte, gegen Ungerechtigkeiten im Betriebe zu protestieren, stieg aufs Straßenpflaster. Doch die dadurch auch in der Organisation entstandenen Widrigkeiten wurden wieder ausgeglichen. Der Gedanke der Solidarität bricht sich immer mehr Bahn. — Nach dem Bericht hielt Kollege Sanisch-Landeshaup eine beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die gegenwärtige Situation in der Textilindustrie und was lehrt diese die Arbeiter?“ In der Diskussion, die sich in zummindestem Sinne bewegte, wurden verschiedene Betriebsmängel scharf kritisiert. Der Bevollmächtigte berührte auch die vom Kartell beschlossene Sperrung über die Lokale: „Schleifischer Hof“ und „Wesler Schwan“, und bemerkte, daß Woytschbruch eine ebenso chulose Handlung sei, als Streikbruch und sprach die Hoffnung aus, daß die Textilarbeiter wohl das Möglichste tun werden, um diese Lokale zu Versammlungen für die organisierte Arbeiterkraft zu erringen. Auch das Verhalten der Polizei in diesem Saalkampfe fand die gebührende Würdigung.

Grashehn. Wer den Werdegang der Textilindustrie mit offenem Auge verfolgt hat, der muß unwillkürlich annehmen, daß sobald die moderne Großindustrie auf den Plan erschienen ist, die Lohnverhältnisse der Textilarbeiter sich fortwährend verschlechtert haben. Als die Produktion noch im kleinen betrieben wurde, waren die Löhne im Verhältnis zu heute weit besser. Ganz anders liegen die Dinge heute. Wirft man bloß einen Müßigkeit auf das letzte Jahrzehnt, so macht man am Orte die Wahrnehmung, daß die kleineren Betriebe ihre Tore schließen mußten und die größeren ihren Betrieb mehr ausgebaut haben. So sind diese in der Lage, dem Arbeiter mehr trosten zu können, denn bei den teuren Lebensmitteln und Mietspreisen usw. werden den Arbeitern nur die Brocken vom Tische der Textilbarone verabreicht. So zählt man z. B. für Weberinnen und Weber bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden täglich 400 bis 1000 M. jährlich. Die Appretur-, Färberei-, Walkereiarbeiter und Arbeiterinnen erhalten einen Stundenlohn von 13—25 Pf., die Anlegertinnen 7—9 M. die Woche. Vergleicht man diese Löhne mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, so muß es einem einleuchten, daß die Lage der Textilarbeiter eine sehr gebürkte ist, und die Textilbarone es verdienen, die Lebenshaltung der Arbeiter auf das tiefste Niveau herabzudrücken. Für die Weberinnen und Weber kommt noch als harter Einfluß auf den Verdienst die Beschaffenheit des Materials. Wollte man diese Materie eingehend behandeln, so wären Wände darüber zu schreiben. Da in sehr vielen Fällen das zu bearbeitende Garn aus sehr zweifelhaften Substanzen zusammengesetzt ist, so ist der Weber stets der leidende Teil, weil er die Ware in Altona anfertigen hat. Wenn dann mit Ach und Krach eine Zeilung gewahrt wird, so gleicht dieselbe in den meisten Fällen bei

weitem nicht die erlittene Einbuße aus. Was die Arbeitsmethoden anbetrifft, so muß die Arbeit als eine wahre Schmach bezeichnet werden; denn was es zu bedeuten hat, großes biades Garn bei jenemselben Gang der Stühle zu verarbeiten, kann nur der Meister der Weberei beurteilen. Als großer Mangel kommt auch noch in Betracht, daß Kette und Schuß nicht, wie beim Weben bedenklicher Lohnausfall erwächst. Auch die Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten läßt in vielen Fällen sehr viel zu wünschen übrig; manche fühlen sich in ihrer gehobenen Lebensstellung als reine Hebermenschen, und rücksichtslos schreiet der Kapitalismus über die Leichen der Arbeiter hinweg. Um aber diesen Mischständen entgegenzutreten zu können, ist eine gut ausgearbeitete Organisation notwendig, und darum rufen wir den Textilarbeitern und Arbeiterinnen zu: Tretet ein in den Deutschen Textilarbeiterverband, denn nur geschlossen sind wir eine Macht!

Winnburg a. d. Donau. In der letzten Generalversammlung wurde folgender Vorstand gewählt: Karl Seibold, erster Vorsitzender, Georg Wieser, zweiter Vorsitzender, Anton Reib, Kassierer, Faver Fischer, erster Schriftführer, Joh. Zahler, zweiter Schriftführer, Manghart, Schmid, Farber, Revisoren, Hochstadter und Bösch, Unterkassierer.

Hamburg. (Posamentiererei.) In unserer Generalversammlung wurde der Vorstand aus folgenden Kollegen zusammengesetzt: 1. Vorsitzender Albin Nidel, 2. Vorsitzender J. Maurer, Kassierer Ernst Richter, 1. Schriftführer K. Schlupp, 2. Schriftführer Carl Waad, Revisoren Carl Hansen und P. Weder. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Beitragserschöpfung und wurden die Kollegen darauf hingewiesen, sich möglichst in die höchste Klasse einschreiben zu lassen, auch wurde der Beschluß gefaßt, einen Lokalausschlag von 10 Pf. pro Mitglied zu erheben. Der Bericht des Arbeitsnachweises ergab ein sehr erfreuliches Resultat. Nachmals möchten wir die Kollegen ganz besonders auf unseren Beschluß aufmerksam machen, wonach wir mit Kollegen, welche ohne unseren Nachweis hier in Arbeit treten, nicht zusammenarbeiten.

Kirchberg. Nach dem Kartellbericht, der in der letztabgehaltenen Versammlung unserer Filiale gegeben wurde, hat das Kartell in letzter Zeit wichtige Fragen im Interesse der Gewerkschaftsbewegung erledigt. Verjüngt wurde die nächste Mitglieder-Versammlung der Filiale an einem Freitag abgehalten werden. Am 21. Februar wird ein Vergütigen parat. Eintritt 25 Pf. — 14 Mitglieder traten in dieser Versammlung dem Verbands bei.

Kolbanoor. (Christliche Verleumdungen.) Im „Neuen Münchener Tagblatt“ werden seit einiger Zeit fortgesetzt gewisse Angriffe gegen einzelne Mitglieder der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes und gegen den Gauleiter Brüggenmann geschleudert. Mit den berwerflichsten Mitteln wird von dieser Seite gearbeitet. So denunzierte das christliche Blatt vor kurzer Zeit den Kollegen Kirchberger, der eine Rede des Herrn Jordan kritisiert haben soll. Man wollte offenbar durch diese Denunziation Kirchberger aus der Arbeit bringen. Natürlich ist dieser echt christliche Streich nicht gelungen. Nun soll Brüggenmann, als er gelegentlich der Lohnbewegung mit dem christlichen Gauleiter Geier bei der Fabrikdirektion vorbestelt wurde, nur 8 Proz. statt 15 Proz. Lohnhöhung verlangt haben. Um der Sache auf den Grund zu kommen, wandte sich die Verwaltung brieflich an die Direktion um Aufklärung. Und siehe da, Herr Jordan erklärte am Sonnabend in der Sitzung des Arbeitersausschusses: Nicht 8 Proz., sondern 15 Proz. hat Brüggenmann gefordert. Die christlichen Herrschaften lassen natürlich jetzt, nachdem sie solange dieser Lüge haften gingen, bedenklich die Kopfe hängen, auch der Wahrheitsapostel Geier, der große Saewiger, der Brüggenmann allein die Verhandlungen führen ließ, aber nichts dagegen tat, daß Dr. hinterher verächtlich wurde. Ist er vielleicht selber der Schuldige?

Landeshaup i. Sahl. Sonntag, den 6. Januar, lagte in der „Sonne“ unsere Mitglieder-Versammlung. Der Geschäftsführer, Kollege Sanisch gab zunächst den Bericht über die Quartalsabrechnung vom 4. Quartal 1906. Die Filiale zählt zur Zeit 804 Organisierte, davon 429 männliche und 405 weibliche Kollegen. Die in der vorletzten Mitglieder-Versammlung gefasste Beschlusse zur Erlangung einer Teuerungszulage wurde, um eine Kräfteerspaltung zu vermeiden, bis nach beendeten Reichstagswahlkampf zurückgestellt. Der Vorsitzende, Kollege Schönwälder, gab sodann den Bericht über die Tätigkeit des Kartells. Auch in abgelaufenen Jahre ist eine Eingabe zwecks Errichtung eines Gewerbegerichts beim hiesigen Landratsamt eingereicht worden. Nach Monate langem Warten ist ein abschlägiger Bescheid erteilt worden und es ist im Interesse der hiesigen Textilarbeiter sehr bedauerlich, daß man sich sträubt, eine solche Institution ins Leben zu rufen. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Schönwälder, Sanisch, Wauer und Richter gewählt. Zum Schluß hielt Kollege Schönwälder einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Leben und Wirken vereinzelter dichterischer Größen, von denen er verschiedene Schöpfungen rezipierte.

Legatz. Ein Teil der hiesigen Kollegen scheint in einem Winterschlaf verfallen zu sein, denn in den Versammlungen sah es bisher immer sehr mies aus. In der Versammlung am 17. Dezember ist nun eine neue Leitung gewählt worden, womit verschiedene Mängelbeseitigung zu erwarten ist. Es ist daher zu erwarten, daß die Kollegen wieder vollständig in den Versammlungen erscheinen. Hoffentlich trägt auch die bevorstehende Reichstagswahl mit dazu bei, daß wieder mehr Leben in die Wunde kommt. Kollege Gauleiter Friß hielt einen Vortrag über die Neueinrichtung unseres Verbandes. Hierauf wurde die Wahl der Verwaltung vorgenommen. Aus derselben gingen hervor als 1. Vorsitzender Grimdy Furscht, 2. Vorsitzender Fritz Jungermeyer, 1. Kassierer Hub. Sauer, 2. Kassierer Wilh. Pix, 1. Schriftführer Gustav Hüster, 2. Schriftführer Paul Suda. Als Revisoren fungieren die Kollegen Streckenbach, Mosig und Bödner. Bücherwart Kollege Ludwig. Ins Gewerkschaftskartell wurden gewählt Bolke und Jiler. Es wurde noch beschlossen, wie alljährlich eine Weihnachtsfeier abzuhalten und zwar am 29. Dezember 1906 im Gewerkschaftshause. (Dieselbe verleiht zur Zufriedenheit der Teilnehmer.) Kollege Furscht erwähnte die Mitglieder, immer das Gewerkschaftshaus anderen Lokalen vorzuziehen, damit auch die Textilarbeiter das Arbeiterlokal mit hochhalten helfen. Ein Antrag des Kollegen Bödner auf Schaffung einer Zentralbibliothek wurde veragt.

Markersdorf bei Chemnitz. Eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, die sich hauptsächlich mit dem Streik bei der Firma G. Steudien in Neulichen beschäftigte, lagte unlängst in Freytags Gasthaus, Markersdorf. Verbandsvorsitzender Kollege Karl Gübch-Werlin hatte das Referat übernommen. Der Referent, sowie sämtliche Diskussionsredner forberten die Streikenden auf, fest und treu im Kampfe auszuharren, bis der Sieg auf Seiten der Arbeiter liegt. Trotz des ungünstigen Wetters war doch der Saal schon vor Beginn der Versammlung überfüllt. Wegen 800 Personen lauschten den treffenden Ausführungen des Referenten.

Maschiner. (Drohende Mahregelung.) Schon längere Zeit bemühen sich die Fabrikanten der hiesigen Gegend, den Textilarbeiterverband zu vernichten. Das geht jedoch nicht so schnell, wie die Herren geglaubt hatten. Sie haben nun beschlossen, alle Mitglieder des Vorstandes des Verbandes deutscher Textilarbeiter, sowie die Unterkassierer nacheinander zu entlassen. Solchen Mahregelungen muß mit aller Energie entgegen getreten werden.

Milau i. B. In der Generalversammlung am 5. Januar gab der Bevollmächtigte sogleich den Jahresbericht. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Hofmann und Johann Sell als Stellvertreter gewählt, zu Revisoren Müller, Schreiber und Dr. Konrad; zu Gewerkschaftsdelegierten Herol, Maurmann, Feil, Sell, Hofmann, Rauts, Dehl und

Mißstände im Textilgewerbe.

In Maschiner bei Alfons Andra, besteht kein Lohnausfall, und die Arbeiter wissen nicht, was sie zu fordern haben. Bei Alfons Andra besteht noch das Krantensystem.

Schreiber. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten erledigt und zum Waffonds 30 M. bewilligt worden waren, nahm die gubehuchte Versammlung ihr Ende.

Neustadt O.-Schl. Die am Sonnabend, den 5. Januar, abgehaltene Generalversammlung unserer Zählstelle war gut besucht. Der Bevollmächtigte, Kollege Keder, gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1906, welche einschließlich des 178,60 M. betragenden Waffonds eine Einnahme von 515,20 M. zu verzeichnen hat, der eine Ausgabe von 303,34 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 211,86 M. verbleibt. Als Hauptposten der Ausgaben sind 18,25 M. an Krankenunterstützung, 17 M. an Reiseunterstützung, 11,83 M. für Agitation und 89,83 M. an sachlichen Ausgaben zu verzeichnen, während 216,43 M. an die Hauptkasse gesandt wurden. Darauf gab Kollege Keder einen Reberblick über das vergangene Geschäftsjahr. Es schloß ab mit 73 männlichen und 10 weiblichen, zusammen also mit 83 Mitgliedern und 158,07 M. Waffondsbestand. Der Mitgliederzuwachs beträgt nach Abzug der ausgeschiedenen: 8 männliche und 8 weibliche, so daß ein Mitgliederbestand von 81 männlichen und 18 weiblichen, zusammen 99, und ein Waffondsbestand von 211,86 M. am Schlusse 1906 vorhanden war. Im Ganzen wurden außer 37,00 M. aus Lokalmitteln 193,15 M. an Krankenunterstützung und 21,90 M. an Reiseunterstützung gewährt, während 62,53 M. für Agitation verwandt und 703,20 M. an die Hauptkasse gesandt wurden. Der Bevollmächtigte wurde einstimmig wiedergewählt. Als Unterassistenten wurden die Kollegen Schindler und Lanow wieder und Hanisch neugewählt. Diese bilden mit den hinzugewählten Kollegen Hampel, Schmidt, Polzer und Tjeb eine Agitationskommission. Als Rechnungsrevisoren wurden die Kollegen Böckel, Kirsch und Weiß gewählt.

Oberdorf im Nögan. Am 6. Januar d. J. hielt die hiesige Filiale des Textilarbeiterverbandes im „Gasthaus zur Traube“ ihre Generalversammlung ab. Als Vorsitzender wurden wieder gewählt Matthias Langenmahr, als Kassierer Cornelius Sage, als Schriftführer wurde neugewählt Ernst Adolf Schmidt. Nach Verlesung des Waffondsberichts, welcher in vollster Ordnung war, wurde unserem Kassierer das beste Lob erteilt. Das Fastnachtsvergügen soll dieses Jahr wieder in der „Traube“ gefeiert werden.

Schönig i. B. (Generalversammlung.) Der Vorsitzende Albin Schnitler erteilte dem Kassierer das Wort zum Waffondsbericht. Danach ist eine Einnahme von 2557 M. 47 Pf. erzielt worden, der eine Ausgabe von 1607 M. 14 Pf. gegenübersteht. Waffondsbestand 950 M. 30 Pf. Dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß im Jahre 1906 7 Monats- und 5 öffentliche Versammlungen, sowie 6 Vorstandssitzungen abgehalten worden sind. In den Vorstand wurden gewählt: Albin Schnitler als erster, August Kühnel als zweiter Vorsitzender, als Kassierer Karl Hofmann, als Schriftführer Fritz Sprenger. Rechnungsprüfer: Behmann, Baumann, Hertel. Kartelldelegierte: Ehard, Wilfert, Göh, Klaus, Schnitler, Wunderlich. Die Monatsversammlungen sollen jeden zweiten Donnerstag im Monat abgehalten werden. Weiter wurde der Antrag des Kollegen Kochner, die Beiträge aus Gewerkschaftskartell von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen, angenommen. Darauf gab der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand zur Reichstagswahl 100 M. bewilligt habe, welches von den Anwesenden gutgeheißen wurde.

Offenbach a. M. Am 7. Januar hielt die Filiale Offenbach ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab hierauf den Jahresbericht. Es fanden 14 Versammlungen, 10 Vorstandssitzungen, sowie 8 Jubiläumversammlungen statt, ferner wurden 2 Konferenzen (Mainz und Frankfurt) besucht, ebenso war auf dem Verbandstag Offenbach durch einen Delegierten vertreten. Auch gab der Vorsitzende einen Rückblick auf die vorigen Sommer tagungsbedingte Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Pfeiffers zum 1. Vorsitzenden, Mala zum 2. Vorsitzenden, Gruber zum Kassierer sowie Soalbauvertreter, Wenzel zum 1. Stellvertreter zum 2. Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden Wagner, Seiffert und Bölich, zu Kartelldelegierten Gruber und Hummel gewählt. Unter Punkt Verschiedenes wurden wieder einmal die Zustände bei der Firma Sal. E. Goldschmidt einer Kritik unterzogen. Es wurde dabei erwähnt, daß der Hauptwerkführer sich herbeiläßt, von seinen Untergebenen Geschenke anzunehmen, wodurch mancher glaubt, sichere Stellung zu haben, was jedoch nicht der Fall ist, wie die kürzlich stattgefundene Entlassung eines älteren Arbeiters beweist. Nun ist wiederum ein älterer Arbeiter, der 12 Jahre in diesem Eldorado arbeiten durfte, unter nichtigen Umständen entlassen worden, so daß der Betrieb wohl bald „berjähmt“ sein dürfte. Diese letztere Entlassung haben nun auch gezeigt, daß die Firma nicht Halt macht bei den Arbeitern, die sich von unseren Bestrebungen fernhalten. Aber auch diese müssen endlich awarehr werden, daß ihre Zurückhaltung nicht genügt hat. Die organisierten Arbeiter aber sollten darauf achten, daß ihre weiblichen Angehörigen diesem Betriebe fernbleiben, da das Bestreben herrscht, immer mehr männliche Arbeitskräfte durch weibliche zu verdrängen.

Offenbach. Am Sonntag, den 6. Januar, tagte unsere Generalversammlung. Der bisherige Vertrauensmann, Kollege Schäfer, erstattete den Geschäftsbericht. Er erwähnte, daß die Zählstelle im letzten Monat des letzten Quartals 33 Aufnahmen gemacht hat. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Schäfer-Offenbach zum 1. Vorsitzenden, W. K. E. Deterberg zum 2. Vorsitzenden, Oswald Elger zum Kassierer, Lang und Rothspeich zu Schriftführern. Revisoren: Kollege Haberer, Paul und Kollege Sutter. Wilhelm Haberer und Siebold wurden zu Kartelldelegierten gewählt.

Offenhausen. (Versammlungsbericht vom 7. Januar.) Am 7. d. M. fand in der Vorstadt Söfingen eine öffentliche Versammlung statt. Leider war der Gauleiter Kollege Schindler, infolgedessen mußte das Defertor ein Holzarbeiter, Genosse Hirsch aus Ulm, übernehmen. Die Versammlung war sehr gut besucht, und mit Recht können wir sagen, daß auch in Söfingen der Tag andrückt für die Textilfabriken. In klaren verständlichen Worten legte Kollege Hirsch den Anwesenden den Wert einer starken Berufsorganisation dar. Er kam auch auf die Trikotarbeiterinnen von Birkhart u. Moos zu sprechen und tabelte, daß diese es noch nicht für ihre Pflicht halten, einer Organisation beizutreten, weil sie noch im höchsten Staat zur Arbeit gehen, den Zahlzettel getraue man sich aber nicht sehen zu lassen. Die Diskussion bewegte sich in demselben Sinne. Zwei Obermeister waren anwesend, nahmen aber nicht das Wort. Auf gewisser Seite soll gesagt worden sein, solange die Arbeiter goldene Ringe tragen und Zigarren rauchen, brauchen sie nicht mehr Lohn. Dem Obermeister Bohr scheint der Behnstandtag ein Unling zu sein, denn er meint, ein Arbeiter könne in zehn Stunden niemals leisten, was er in 11 Stunden zusammenschindet, da helfe auch keine rote Organisation. Den Nagel auf den Kopf traf Kollege Beyer, der vorbrachte, daß gerade jetzt ein 16jähriger Arbeiter in Söfingen sei, der in 14 Tagen sage und schreibe 11 M. verdienen, der nicht imstande sei, eine Schlafkiste zu mieten und manche Nacht im Freien verbringen mußte. Hierauf machte Hirsch die ganze Diskussion im Schlußwort zusammen und forderte die Anwesenden auf, ohne Ältern und Jagen vor den Aufpassern dem Verbands beizutreten.

Ronsdorf. Die Wahl der Revisoren beim Gal. Gewerbergericht zu Kennep findet am Montag, den 21. Januar für die 2. Kammer in Ronsdorf auf dem Bürgermeisteramt statt, und zwar für die Arbeitnehmer von 12-2 Uhr nachmittags und von 6-9 Uhr abends, für die Arbeitgeber von 6-8 Uhr nachmittags. Aus dem Stande der Arbeitgeber werden aus wegen Ablaufs der Amtsperiode die Herren Gustav Brenzig, Friedrich Eller und Josua B. Gaernap, aus dem Stande der Arbeitnehmer die Herren Hermann Kemper und Adolf Brüne. Zum Wahlvorsteher ist gewählt

Herr Bürgermeister Staaß, zum Stellvertreter Herr Hauptlehrer Schütz. Zu Waffondsmitgliedern sind gewählt seitens der Arbeitgeber die Herren Friedr. Behnen und Gustav Brenzig, seitens der Arbeitnehmer die Herren Hermann Kemper, Karl Henning. Als Kandidaten aus der Arbeiterbewegung sind aufgestellt: Hermann Kemper, Albert Oberhoff. Es ist aller Arbeiter Pflicht, diese Kandidaten zu wählen.

Sandhofen. Am 28. Dezember 1906 hielt die hiesige Filiale des Textilarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab. Vorsitzender Kollege Schmidt warf einen Rückblick auf das verstlossene Jahr und forderte die Kollegen auf, fest und treu zusammenzustehen, damit uns das heurige Jahr etwas besseres bringe. In dem Vorstand wurden gewählt: Franz Schjebel als 1. Vorsitzender, Leopold Schmidt als 2. Vorsitzender, Gustav Ludwig als Kassierer, Erasmus Seifert als 1. und Josef Langer als 2. Schriftführer. Revisoren: Eduard Pesche, Franz Pesche und Josef Wubli. Kartelldelegierte: Jos. Hartmann, Bergmann und Gustav Lhamm. — Die Krankenunterstützung wird jetzt Sonntags von 6-7 und der Reiseunterstützung jeden Tag von 6-7 Uhr abends ausbezahlt.

Briefkasten.

Fr., Chemnitz. Für den vorigen Jahrgang hat, was die Mitarbeit anbelangt, Kollege K. Reichelt in Chemnitz zu zahlen; wenden Sie sich also an diesen. Gruf W. Reichelt. Der Bericht befindet sich in Nr. 2 unter „Bewegung in der Textilindustrie, Deutsches Reich“ gleich obenan. Schneider, Kopenhagen. Es soll für Sie beim allen bleiben; senden Sie es ein.

Berichtigungen.

In dem Bericht in Nr. 1 „Sieh dich vor!“ muß es in der 1. Zeile statt dauernd in dauernd heißen. In den Bekanntmachungen in Nr. 2 unter Coesfeld statt August Eduard Ländler heißen.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unsern Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschein anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Der Vorstand.

Gauverwaltungen.

Gau Rechtsrheinland, Westfalen und Pfaffen-Raffan. Quittung über die im dritten Quartal 1906 an die Gaukasse eingegangenen Beiträge der einzelnen Filialen:

Table with 2 columns: Filiale Name and Amount. Includes entries like Wahren 0,25 M., Wahren 0,25 M., Wahren 0,25 M., etc.

Die noch restierenden Filialen werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die für das Geschäftsjahr 1906 noch ausstehenden Beiträge umgehend an die Gaukasse abzuführen, widrigenfalls der Gauvorstand sich veranlaßt sieht, die noch restierenden Filialen in nächster Zeit zu veröffentlichen. In der Hoffnung, daß dies aber nicht notwendig wird, zeichnet Mit kollegialem Gruß Der Gaukassierer

Jakob Kühner, Wahren, Eschenstraße 136.

Gau Schleifen. Der Gauvorstand setzt sich nach erfolgter Neuwahl aus folgenden Personen zusammen: Friedrich Möser, 1. Vorsitzender, Rudolfsstraße 14 III; Otto Fritsch (Gauleiter), 2. Vorsitzender, Schloßstraße 23 III; Heinrich Forst, Kassierer, Neue Breslauerstraße 30 II; Bruno Schumann, 1. Schriftführer; Fritz Jungermeier, 2. Schriftführer. — Sämtliche Geldsendungen sind nur an den Kassierer, alle schriftlichen Sendungen an den Gauleiter zu richten. Rufen, Kollegen, so wollen wir auch wieder in diesem Jahre alle zusammen in eine energische Agitation eintreten! J. A. Friedrich Möser.

Ortsverwaltungen.

Berlin. Der auf Freitag, den 26. Januar, fallende Zahlabend ist der an diesem Tage stattfindenden Reichstagswahl wegen auf Sonnabend, den 26. Januar, von 6 1/2-9 Uhr, verlegt worden. Die Auszahlung des Krankengeldes findet gleichfalls an diesem Tage statt. Der Vorstand.

Wramsche. Vorsitzender: Friedr. Alwes, Wäme bei Wramsche; Kassierer: Josef Guda, Wramsche, Gemterstr. 120 (ab 1. April: Hinter der Säge).

Dälmen. Der Bevollmächtigte Paul Hoff wohnt Mühlweg 11.

Freiberg i. S. Vertrauensmann ist Richard Jähmig, Mittelgasse 1. Alle Anfragen und Sendungen sind an diesen zu richten. Die Ortsverwaltung.

Göhrnit. 1. Vorsitzender: Oswald Reifig, Juidauerstraße 66 (ab 1. April: Waldenburgerstraße 247); Kassierer: Oskar Dubowski, Neumarkt 401 (ab 1. April: Ernststraße). Alle Sendungen sind an den 1. Vorsitzenden zu richten.

Günzburg. Vorsitzender: Karl Seibold, Obere Mühlstraße 866. Kassierer: Anton Fritsch, Galtersstraße 626. Alle Verbandsangelegenheiten, auch Unterstützungsachen werden von dem Vorsitzenden erledigt. Reiseunterstützung mittags von 12-1 und abends von 6 Uhr ab daselbst. Verkehrslokal: „Gasthaus zum Rößle“, Marktplatz.

Landeshut. Alle die hiesige Filiale angehenden geschäftlichen Zusendungen sind zu richten an den Geschäftsführer Gotthard Hanisch, im „Gasthof zur Sonne“. Auch werden daselbst alle die durch Statut festgesetzten Unterstützungen ausgezahlt. Krankenunterstützung jedoch nur Sonnabends von morgens 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr. Die Lokalverwaltung.

Wylau. Das Mitgliedsbuch Stammmummer 274 526, auf den Namen Max Franz lautet, ist von seinem früheren Logiswirt und weiland Arbeitswilligen Reuf zurückgehalten worden. Auch auf Ansuchen der hiesigen Ortsverwaltung ist daselbst nicht herausgegeben worden, obgleich die Bücher dem Verband gehören. Antrag hat auf obige Stammmummer ein Duplikat erhalten. Sollte das erlangenannte Mitgliedsbuch irgendwo auftauchen, so ist es hierher zu senden. Die Ortsverwaltung.

Welsnit i. B. Hiermit den Mitgliedern und den Unterassistenten zu Kenntnis, daß ich an Sonnabenden keine Blätter und Marken mehr ausbe, sonst zu jeder anderen Zeit. Krankengeld zahle ich Sonntag früh von 9-11 Uhr aus. Reiseunterstützung zu jeder Tageszeit. Weiter ersuche ich die Mitglieder, die Bücher in Ordnung zu richten, jeweils Kontrolle. Karl Hofmann, Kassierer.

Spremberg. Die Geschäftsstelle befindet sich Forststr. 19. Geöffnet von 9-11 Uhr vormittags und 4-7 1/2 Uhr nachmittags. Stelle- und Krankenunterstützung sowie alle anderen Unterstützungen

zahl der Geschäftsführer, Reinhard Gutberlet während der Geschäftsstunden aus.

Schüttorf. Alle die hiesige Zählstelle betreffenden Sendungen sind an Fritz Koch, Straßburgerstraße 80, zu richten.

Silke Sächtele. Sonntag, den 27. Januar, abends Punkt 6 Uhr, findet bei Karl Gurtmann, Weststraße, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Waffondsbericht; 2. Wahl des Gesamtvorstandes; 3. Verschiedenes. Da dies eine sehr wichtige Versammlung ist, so bitten wir die Mitglieder dringend, zu dieser Versammlung alle zu erscheinen. Der Vorstand.

Totenliste.

Obbpingen. Am 30. Dezember 1906 Verbandsmitglied Anton Seidel, 60 Jahre alt. Stadtsoldaten. Am 13. Januar Verbandsmitglied Minna Login, 10 Jahre alt. — Proletarierkrankheit. Spremberg. Am 6. Januar Verbandsmitglied Gotthilf Scholtka, Siemen. — Magenleiden. Langenbiersau. Verbandsmitglied Gustav Blumich, 48 Jahre alt. — Lungenentzündung. Chemnitz. Am 5. Januar Verbandsmitglied Hermann Friedrich Wächter, 48 Jahre alt. — Rheuma. Wachen. Verbandsmitglied Johann Wrems, 80 Jahre alt. — Herzschlag. Ehre ihrem Andenken.

Streitfalltafel.

Differenzen bestehen zwischen Unternehmern und Webern und Weberinnen in: Fahr i. Baden, Hünningen (E. Hilde), Forst i. L. (E. Schmidt), Delsnit i. B. (Koch u. te Koch), Wieren in: Neufkirchen i. Erg. (Gebr. Steudten), Posaumentier in: Berlin (Gustaf), Basel und St. Ludwig (Gef. für Wandfabrikation), Spinnern in: Erlangen (Baumwollspinnerei), Tamburieren in: Plauen i. B., Textilarbeitern in: Mühlhausen i. Elb., Neudamm, Nordsach (Schweiz). Spinnereierei in: Falkenstein i. B.

Wegen eines permanenten Kampfes zwischen der Unternehmung und der Arbeiterorganisation ist jeder Zugang nach Landesgut in Schlesien zu unterlassen. — In Neustadt a. d. Orla sind noch Genossengelde vorhanden. — In Wahren bei Dahl und Günsche harren immer noch einige Arbeiter ihrer Einstellung. — In Schüttorf und Nordhorn (Provinz Hannover) sind die Arbeitsverhältnisse so wenig belastend, daß es sich empfiehlt, diesen Orten fernzubleiben. — In Zwickau i. Sa. schiden sich die Spinner an, in eine Lohnbewegung einzutreten; es dürfte vom Streik kommen. Zugang ist fernzubahalten. — In Wischweiler finden fortgesetzt Maßregelungen statt. Sollte man deshalb Zugang von Futearbeitern fern. — In Auersbach i. B. sind immer noch Teppichweber nicht eingestellt, so daß Zugang immer noch ferngehalten werden muß.

Berjammlungsstaleuder.

Bamberg. Sonntag, 13. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der „Blauen Glode“: Generalversammlung. Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Mansche, Blumenstraße 38: Zahltag. Berlin. Zahlstelle: Mübersdorferstraße 18 bei Aug. Wittner. Berlin. (Sektion der Delatoure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Wollmann, Alte Jakobstraße 60: Zahltag. Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Engel, Seydelstraße 30: Zahltag. Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 8 Uhr, bei Samann, Marchstraße 23: Zahltag. Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Goplowskystraße 24 bei Reil. Berlin. (Sektion Ritzdorf.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Kerger, Fietzenstraße 81: Zahltag. Berlin-Weißensee. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leberstraße 5: Zahltag. Arola. Sonnabend, 19. Januar. Dülten. Sonntag, 27. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei Franz Seidel, Süchtelner Straße. Göhrnit. Sonnabend, 19. Januar, abends 9 Uhr, im „Deutschen Haus“. Günzburg. Sonnabend, 27. Januar, im „Gasthaus zum Rößle“, am Marktplatz. Lehr. Sonnabend (Samstag), 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Adler“. Niegnit. Sonnabend, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Hinterbleiche. Niederschöneweide. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr ab bei Reimann, Grünauer Straße 5: Zahltag. Neumünster. Sonnabend, 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysum“. Stadtsoldaten. Sonntag, 27. Januar, nachmittags 8 Uhr, bei Süd in Braall: Generalversammlung. Straßau-Rummelsburg. Jeden Freitag abend 9 Uhr bei Mümpfer, Straßauer Allee 20a: Zahltag. Weihenau. Sonntag, 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Simons Gasthof. Wegefall. Sonntag, 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Eiboll“, Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.

Allgemeine Aussperrung der Posaumentiergehilfen Berlins war für Donnerstag angedroht, kann möglicherweise bei Erscheinen des Blattes eingetreten sein. Zugang streng fernhalten!

Redaktionsstluß für die nächste Nummer: Montag, den 21. Januar.

Verlag: Carl Schöbe. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagner. — Druck: Romaris Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., — Sämtlich in Berlin.